



GESCHÄFTSBERICHT
2006

R+V Pensionsversicherung a. G.



Im FinanzVerbund der
Volksbanken Raiffeisenbanken

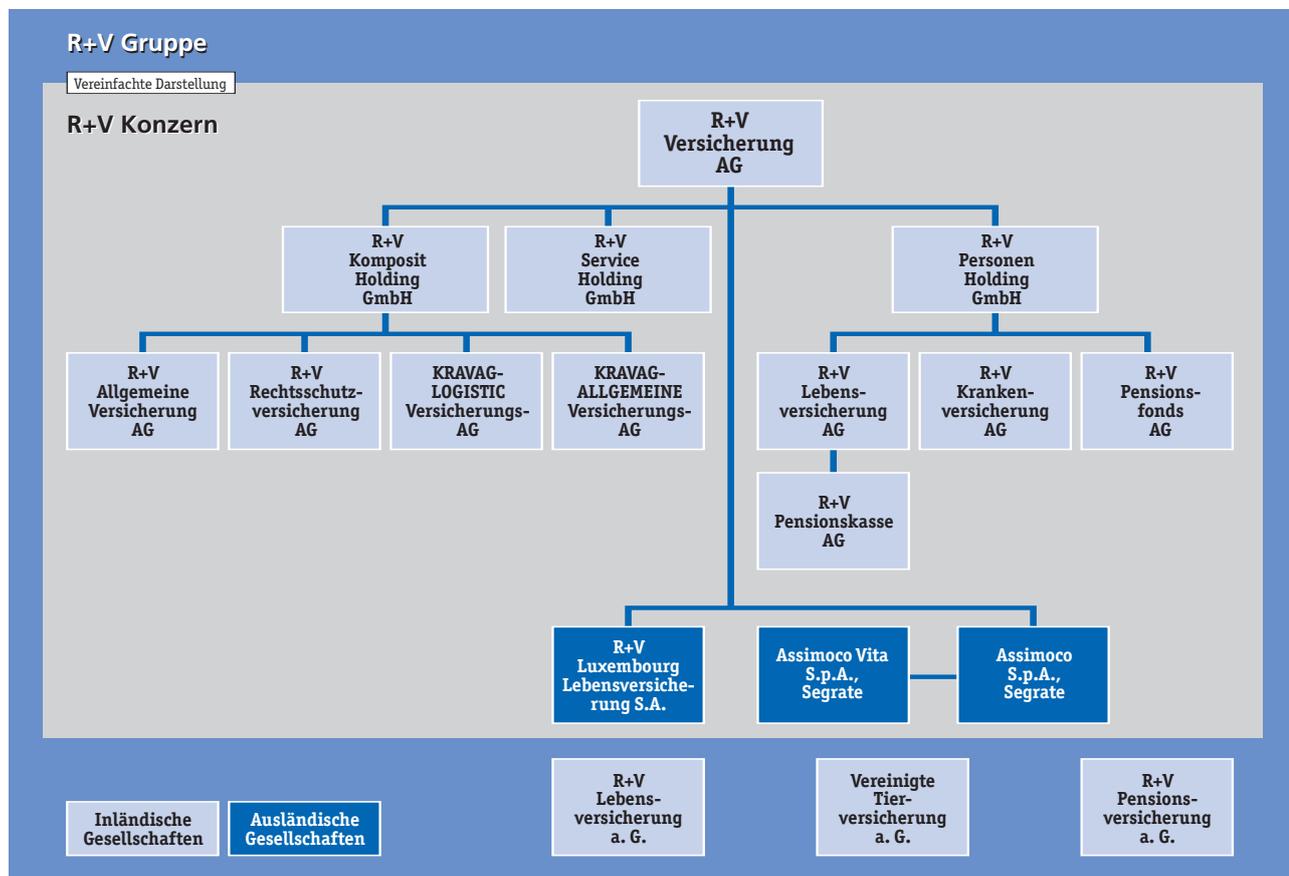
R+V Pensionsversicherung a. G.

Taunusstraße 1, 65193 Wiesbaden, Telefon (06 11) 5 33-0
Eingetragen beim Amtsgericht Wiesbaden HRB 2174

Geschäftsbericht 2006

Vorgelegt zur ordentlichen Mitgliederversammlung
am 14. Juni 2007

R+V auf einen Blick



	R+V Pension		R+V Gruppe	
	2006	2005	2006	2005
Zahlen zum Geschäftsjahr				
Gebuchte Bruttobeiträge	Mio. € 51,9	131,8	9.182	8.466
Brutto-Aufwendungen für Versicherungsfälle	Mio. € 56,1	55,4	6.105	5.751
Laufende Erträge aus Kapitalanlagen	Mio. € 93,1	88,9	2.132	2.032
Kapitalanlagen	Mio. € 1.917,8	1.912,3	47.354	44.674
Anzahl der Versicherungsverträge	Tsd. 55	130	17.771	17.201
Mitarbeiter am 31.12.	14	16	11.274	11.360

Inhalt

Gesamtwirtschaftliche Lage	4
Lagebericht	8
Jahresabschluss	
Bilanz	24
Gewinn-und-Verlust-Rechnung	28
Anhang	
Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden	31
Erläuterungen zur Bilanz	34
Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung	41
Sonstige Angaben	43
Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	49
Bericht des Aufsichtsrats	50
Mitgliedervertretung	53
Übersicht über die Geschäftsergebnisse	54

Gesamtwirtschaftliche Lage

Der Konjunkturaufschwung fiel mit annähernd 2,7 % für 2006 überraschend gut aus. Denn neben den seit Jahren steigenden Exporten hat im Geschäftsjahr 2006 endlich auch die Inlandsnachfrage angezogen. Treibende Kraft waren hier die Investitionen der Unternehmen. Besonders erfreulich: Erstmals nach fünf Jahren hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten wieder merklich zugenommen. Von der guten Wirtschaftslage profitierte auch die Versicherungsbranche.

Das Brutto-Inlandsprodukt stieg 2006 real um beachtliche 2,7 %. Bei gleichzeitig anziehender Inlandsnachfrage war die Außenwirtschaft einmal mehr Stützpfiler der deutschen Wirtschaft. Zwei Faktoren sorgten im Export für ein rund zwölfprozentiges Wachstum: Zum einen gab die kräftig expandierende Weltwirtschaft positive Impulse. Speziell in dem für Deutschland sehr wichtigen europäischen Absatzmarkt festigte sich der wirtschaftliche Aufschwung und trieb dadurch die Auslandsnachfrage weiter an. Zum anderen haben die deutschen Unternehmen in den letzten Jahren durch Kostensenkungsprogramme, moderate Lohnerhöhungen und gesunkene Lohnnebenkosten ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit deutlich verbessert. Der Anstieg des Euro-Außenwertes gegenüber dem US-Dollar um mehr als 10 % wurde gut verkraftet.

Starke Wachstumsimpulse aus dem Inland

Gut gefüllte Auftragsbücher sowie ausgelastete Anlagen und Maschinen veranlassten viele Unternehmen, ihre Produktionskapazitäten zu erweitern und in neue Techniken zu investieren. Endlich sprang der Funke vom Exportsektor auch auf die Inlandsnachfrage über. Das Investitionsklima war sehr günstig: Eine anziehende Konjunktur mit optimistischen Absatzerwartungen traf auf gute Finanzierungsbedingungen. Dazu kamen Abschreibungserleichterungen für bewegliche Anlagegüter. Neben den Ausrüstungsinvestitionen trug die Bauwirtschaft einen maßgeblichen Teil zur dynamischen inländischen Entwicklung bei.

Auch privater Konsum erholt sich langsam

Die anziehende konjunkturelle Lage und die anstehende Mehrwertsteuererhöhung hatten positive Auswirkungen auf den privaten Konsum: insbesondere in der zweiten Hälfte des Jahres 2006 zog die private Nachfrage an. Das verfügbare Einkommen der Haushalte stieg nominal um 1,7 %. Angesichts nur geringfügig steigender Bruttolöhne und -gehälter (plus 1,4 % nominal) griffen jedoch viele Bürger auf ihre Ersparnisse zurück, um diese Käufe zu finanzieren. Erstmals seit 2000 ging die Sparquote wieder leicht zurück.

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt trug zusätzlich dazu bei, dass sich die privaten Konsumausgaben 2006 erhöhten. Die Zahl der Arbeitslosen sank um rund 330.000 auf etwa 4,5 Mio. registrierte Personen. Erfreulicherweise sind 2006 dabei auch wieder sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze entstanden – im Gegensatz zu früheren Jahren, in denen vor allem staatlich geförderte Stellen und Ein-Euro-Jobs die Arbeitslosenstatistik positiv beeinflussten. Auch die Zahl der offenen Stellen stieg spürbar, Kurzarbeit ging deutlich zurück.

Kapitalmarkt bot gute Renditen

Auch die Kapitalmärkte haben sich positiv entwickelt: DAX und DJ Euro Stoxx 50 stiegen im Jahresverlauf um 22 bzw. 15 %. Aktien waren weiterhin eine lukrative Anlageform, insbesondere nach einem Kursrückgang im Frühjahr um rund 15 %. Zusätzlich beflügelten vielfältige Erwartungen von Unternehmensübernahmen die Kurse.

Im selben Zeitraum stieg auch das Zinsniveau auf dem europäischen Rentenmarkt. Die als Referenzwert verwendete Rendite der zehnjährigen Bundesanleihen lag zum 31. Dezember 2006 bei 3,9 % und damit um rund 0,5 Prozentpunkte über dem Wert zum Jahresanfang. Zur Jahresmitte konnten sogar Renditen um 4,2 % erzielt werden. Die europäische Zentralbank hob die Zinsen von 2,25 % auf 3,5 % an. Damit verflachte sich die Zinsstrukturkurve zunehmend.

Für 2007 optimistische Prognosen trotz Mehrwertsteuererhöhung

Nach Meinung vieler Wirtschaftsexperten werde die konjunkturelle Dynamik im ersten Halbjahr zwar gemäßigt sein, der Konjunkturaufschwung aus 2006 reiche insgesamt aber aus, um für günstige Rahmenbedingungen in 2007 zu sorgen: Die Auftragslage sei gut, der Export werde dank einer starken Weltkonjunktur weiter wachsen. Dadurch sei auch die Investitionsbereitschaft der Unternehmen im Inland positiv. Die Entwicklung des privaten Konsums wird jedoch vorsichtiger eingeschätzt, da zum einen die Bürger viele größere Anschaffungen ins Jahr 2006 vorgezogen haben, zum anderen weil die Mehrwertsteuererhöhung wie ein realer Kaufkraftentzug wirkt. Überwiegend liegen die Prognosen für das Wachstum des realen Brutto-Inlandsproduktes 2007 zwischen 1,5 und 2,0 %.

Versicherungswirtschaft 2006: eine Branche im Umbruch

Das Wachstum der Beitragseinnahmen in der Versicherungswirtschaft lag mit 2,3 % (161,6 Mrd. EUR) geringfügig unter dem der Gesamtwirtschaft. Hier spiegelt sich die Umbruchsituation der Assekuranz wider. Auslöser dafür sind zum einen Gesetzesänderungen und -vorhaben in verschiedenen Bereichen wie zum Beispiel das Alterseinkünftegesetz oder die Gesundheitsreform. Zum anderen spüren die Versicherer eine deutliche Verschärfung des Wettbewerbs, die zunehmend Druck auf Preise, Kostenstruktur und Rendite der Versicherungsunternehmen ausübt.

Gesamtzahlen der Branche*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeitragseinnahmen, Inland	161,6	+2,3 %
Versicherungsleistungen der Erstversicherer	138,6	+3,1 %
Kapitalanlagen der Branche	1.130,0	+5,9 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2007

Der Wettbewerb um Marktanteile wird immer intensiver. Viele Unternehmen reagieren mit umfangreichen Reorganisations- und Kostensenkungsprogrammen sowie mit Fusionen. Veränderte Kundenansprüche runden das Bild einer Branche im Umbruch ab.

Rentenversicherungen stabilisieren Neugeschäft der Lebensversicherer

Die Lebensversicherer vollzogen den Wechsel in eine neue Produktwelt erfolgreich. Insbesondere mit Rentenversicherungen aber auch mit flexiblen, kapitalmarktorientierten Vorsorgeprodukten ist es ihnen gelungen, die Wachstumsdelle im Neugeschäft 2005 als Folge des Alterseinkünftegesetzes zu überwinden. Die Struktur des Neugeschäftes hat sich dadurch stark verändert. Der Anteil der Rentenpolicen stieg 2006 auf 48,7 % – im Jahre 2005 waren es noch 41,7 %. Beim Neugeschäftsbeitrag stammen sogar schon fast 69,7 % aus Rentenversicherungen. Diese Zahlen zeigen sehr deutlich, dass sich die Branche auf die neuen gesetzlichen Vorgaben gut eingestellt hat und ihren Kunden weiterhin renditestarke und steuerlich attraktive Altersvorsorgelösungen mit Garantien anbieten kann.

Weiter an Bedeutung gewinnt die betriebliche Altersversorgung im deutschen Lebensversicherungsmarkt. Unternehmen entdecken den Mitarbeiter-Bindungseffekt neu, den ein modernes Versorgungswerk leisten kann. Zudem wird der seit 2002 bestehende Rechtsanspruch der Mitarbeiter auf Entgeltumwandlung nunmehr verstärkt auch im Mittelstand umgesetzt.

Entwicklung der Lebensversicherungssparte*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	78,3	+4,1 %
Anzahl neuer Verträge	8,5 Mio. Stück	+8,5 %
Gesamte Neugeschäftsbeiträge	19,4	+25,4 %

*GDV-Zahlen; Lebensversicherer, Pensionskassen, Pensionsfonds
Stand März 2007

Zunehmend entsteht eine große Nachfrage nach innovativen Modellen zur Auslagerung der Pensionsrückstellungen. Es wächst das Verständnis bei den Unternehmen, dass Risiko aus Biometrie, Zinsrisiko und zu geringe Dotierungsmöglichkeiten bereits mittelfristig ein erhebliches Gefahrenpotential in sich bergen. Der Trend hin zur Bewertung nach internationalen Rechnungslegungsstandards und der Einfluss von Rating-Agenturen verstärken die Nachfrage nach geeigneten Produkten zur Auslagerung. Damit ergibt sich für moderne Altersvorsorge-Lösungen ein hohes Wachstumspotenzial.

Verstärkt werden deshalb große Versorgungswerke am Markt in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Verbänden installiert. Die konkreten Regelungen finden Einbindung in zahlreichen Tarifverträgen. An Versicherungsunternehmen stellt dies hohe Anforderungen an flexible Produkte und Verwaltungssysteme.

Boom bei den Riester-Renten

Zwei Schwerpunkte haben sich im Rentenversicherungsgeschäft herausgebildet: die private Rentenversicherung gegen Einmalbeitrag und die Riester-Rente. Das Neugeschäft gegen Einmalbeitrag setzte 2006 seinen Wachstumskurs mit einem Plus von 27,4 % fort. Vor allem abgelaufene Kapitalversicherungen, aber auch größere Geldbeträge aus anderen Anlageformen oder Erbschaften werden in Rentenversicherungen gegen Einmalbeitrag investiert. Speziell fondsgebundene Angebote sind stark „im Kommen“. Hier zeigt sich das Vertrauen der Bundesbürger in die langfristige Finanzstärke und Anlagepolitik der Lebensversicherer.

Entwicklung der Krankenversicherungssparte*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Gebuchte Bruttobeiträge	28,4	+4,0 %
davon Voll- und Zusatzversicherung	26,6	+4,3 %
davon private Pflegepflichtversicherung	1,9	0,0 %
Ausgezählte Leistungen	17,8	+3,0 %

*GDV-Zahlen, Stand März 2007

Altersvorsorge mit staatlicher Förderung ist angesichts der Situation der gesetzlichen Rentenversicherung und langsam wachsender Einkommen der Deutschen der zweite starke Trend in der Lebensversicherung. Die Riester-Rente ist 2006 zum „Bestseller“ geworden und hat dadurch auch im gesamten Rentenversicherungsgeschäft deutlich an Gewicht gewonnen: zwei Millionen Neuverträge – plus 79,8 % – schlossen die Bundesbürger ab. Damit wurde mehr als jeder zweite neue Rentenversicherungsvertrag nach dem Altersvermögensgesetz gefördert. Einen Wachstumsschub bekam das Geschäft durch die Erhöhung der steuerlich förderfähigen Beiträge um 50 % Anfang des Jahres 2006 (dritte Stufe der „Riester-Treppe“).

Private Krankenversicherung geprägt von Diskussionen um die Gesundheitsreform

Mit einem Plus von 4,0 % bei den gebuchten Bruttobeiträgen hat die private Krankenversicherung neben der Lebensversicherungssparte ebenfalls einen branchenüberdurchschnittlichen Beitragszuwachs im Jahr 2006 zu verzeichnen. Die Mehreinnahmen resultieren zum einen aus Beitragsanpassungen, die durch höhere Leistungsaufwendungen notwendig geworden waren, zum anderen aus dem Neugeschäft.

Neue Kunden für die Krankenvollversicherung zu gewinnen, ist aufgrund der hohen Versicherungspflichtgrenze und der aktuellen Diskussion zur Gesundheitsreform schwierig geworden. Mit einem Nettoneuzugang von 102.600 vollversicherten Kunden im Jahr 2006 bleibt das Wachstum weiter niedrig und liegt erneut unter den entsprechenden Werten des Vorjahres. Gesetzlich Versicherte, die die Eintrittsvoraussetzungen erfüllen, nutzten noch die Chance und wechselten in die private Krankenvollversicherung.

Entwicklung der Schaden- und Unfallversicherung, gebuchte Bruttobeiträge*	2006 in Mrd. €	Veränderung zum Vorjahr
Schaden/Unfall gesamt	54,9	-0,9 %
Krafftahrt	21,2	-3,8 %
Allgemeine Haftpflicht	6,8	+0,5 %
Unfallversicherung	6,2	+3,0 %
Rechtsschutzversicherung	3,1	+1,5 %
Sachversicherung	14,3	+0,8 %
Ausgezählte Leistungen	39,8	+0,5 %

* GDV-Zahlen, Stand März 2007

Wesentlich dynamischer entwickelte sich die private Krankenversicherung im Bereich der Zusatztarife. Im Jahr 2006 wuchs der Bestand an Zusatzversicherten um rund 1.310.000 Personen. Zum Vergleich: Im Vorjahr waren es 950.000 Bürger. Besonders gefragt waren Zahnergänzungsversicherungen und die Absicherung ambulanter Zusatzleistungen. Für das gute Neugeschäft sorgten die zunehmenden Leistungslücken in der gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Diskussion zur Gesundheitsreform.

Schaden- und Unfallversicherung mit leichtem Wachstum

Weniger erfreulich ist die Situation bei den Schaden- und Unfallversicherern. In vielen Einzelsparten ist der Markt weitgehend gesättigt. Die Folge: Ein immer aggressiverer Preiswettbewerb – speziell in der Kfz-Versicherung und bei Industriellen Sachversicherungen. Das hinterließ im Geschäftsergebnis 2006 deutliche Spuren. Das versicherungstechnische Plus fiel mit knapp 3,9 Mrd. EUR um rund 1,0 Mrd. EUR niedriger aus als im Vorjahr. Ursache für den Einbruch sind sinkende Beitragseinnahmen (minus 0,9 %) bei gleichzeitig steigenden Schadenaufwendungen (plus 0,8 %), obwohl Großschäden glücklicherweise ausblieben. Die Schadenquote stieg von 72,9 auf 74 %. Dadurch wird sich die Combined Ratio um gut zwei Prozentpunkte auf 93 % verschlechtern.

Kfz-Versicherer verdienen weniger als im Vorjahr

Am stärksten betroffen von Beitragsrückgängen war die größte Einzelsparte Kfz: Nach einem Rückgang von 2,2 % in 2005 schloss die Kfz-Sparte 2006 mit einem Minus von 3,8 % ab. Die Ursache ist eindeutig: Der immer heftigere Preiswettbewerb hat nun alle Bereiche der Kfz-Versicherung erfasst. Viele Versicherer senkten abermals ihre Prämien oder boten ihren Kunden an, in günstigere Schadenfreiheits- oder Fahrzeugtypklassen zu wechseln. Erstmals wirkt sich hier zudem die demografische Entwicklung aus: Der in den letzten Jahren ohnehin schon schwache Zuwachs im Bestand verlangsamte sich 2006 weiter. Er wuchs nur noch um 0,5 %.

Die Entwicklung auf der Schadenseite hat die unerfreuliche Lage der Kfz-Versicherer weiter verstärkt. Der seit drei Jahren andauernde Rückgang der Schadenaufwendungen kam 2006 fast zum Stillstand, das Minus von nur noch 0,3 % ist nur noch gering. Die Mehrwertsteuererhöhung 2007 wird den Trend aber deutlich beschleunigen. Insgesamt liegt das versicherungstechnische Ergebnis der Kfz-Sparte noch bei rund 200 Mio. EUR, das sind allerdings 80 % weniger als im Vorjahr.

Mehr Schäden bei den Sachversicherungen

Gleichfalls angespannter als in den letzten Jahren ist die Lage bei den Sachversicherungen. Während es bei Hausrat- und Wohngebäudeversicherungen noch konjunkturbedingt zu einem leichten Plus von 1,5 bzw. 2,0 % reichte und die gewerblichen Sachversicherungen auf Vorjahresniveau verharrten, sackten die Beitragseinnahmen in der Industriellen Sachversicherung um 0,7 % ab.

Der Schadenaufwand hat sich über alle Sachsparten um rund 6 % auf knapp 10 Mrd. EUR erhöht. Vor allem Großschäden bei der Industriellen Sachversicherung und wetterbedingte Elementarschäden trafen die Sachversicherer hart. Ergebnis: Bei einer Combined Ratio von 91,0 % (2005: 87,9 %) reduzierte sich der versicherungstechnische Gewinn um 60 % auf rund 700 Mio. EUR.

Lagebericht

Geschäftsverlauf im Überblick

Das Geschäftsjahr 2006 verlief bei der R+V Pensionsversicherung a. G. den Erwartungen entsprechend.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2006 wurden alle bisher im Nichtmitgliedergeschäft der R+V Pensionsversicherung a. G. geführten Pensionsversicherungen auf die R+V Pensionskasse AG, die im Geschäftsjahr 2006 erfolgreich ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen hat, übertragen. Bei der R+V Pensionsversicherung a. G. verblieben sind die im Mitgliedergeschäft geführten Verträge.

Die Übertragung erfolgte mit den zugehörigen versicherungstechnischen Passiva und den zur Bedeckung dienenden Aktiva im Wege der Bestandsübertragung gemäß § 14 VAG. Im Zuge der Bestandsübertragung brachte die R+V Pensionsversicherung a. G. gegen Gewährung von Gesellschaftsrechten eine Sacheinlage von 0,1 Mio. EUR in die R+V Pensionskasse AG ein. Die R+V Pensionsversicherung a. G. ist daraufhin zu knapp einem Prozent an der R+V Pensionskasse AG beteiligt.

Vor dem Hintergrund der erfolgten Bestandsübertragung beziehen sich die Aussagen zu vorangegangenen Jahren und Vergleiche wie beispielsweise Veränderungsraten im Folgenden ausschließlich auf die als Mitgliedergeschäft geführten Verträge.

R+V Pensionsversicherung a. G.: Erfahrung und Solidität in der betrieblichen Altersversorgung

Die R+V Pensionsversicherung a. G. wurde am 17. August 1898 als „Pensionskasse der Beamten der Neuwieder Raiffeisenschen Organisation ländlicher Genossenschaften für Deutschland“ gegründet und besteht somit seit über 100 Jahren. Sie ist das älteste Versicherungsunternehmen des genossenschaftlichen Verbundes.

Als überregionaler Anbieter von betrieblicher Altersversorgung ist es Aufgabe der R+V Pensionsversicherung a. G., den Mitarbeitern der Unternehmen und Organisationen des genossenschaftlichen Verbundes sowie den Mitarbeitern der Bauernverbände und der Verbände des Gemüse-, Obst- und Gartenbaus eine angemessene betriebliche Altersversorgung zu ermöglichen.

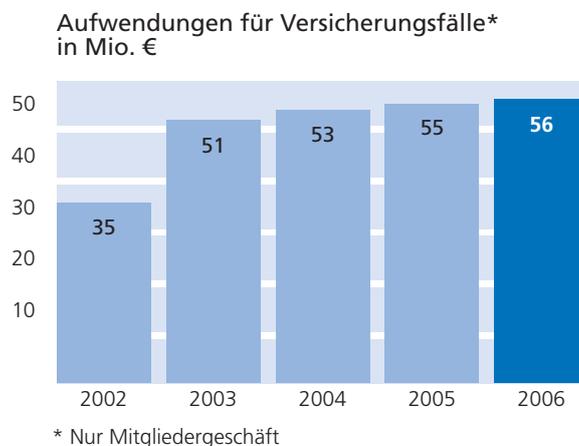
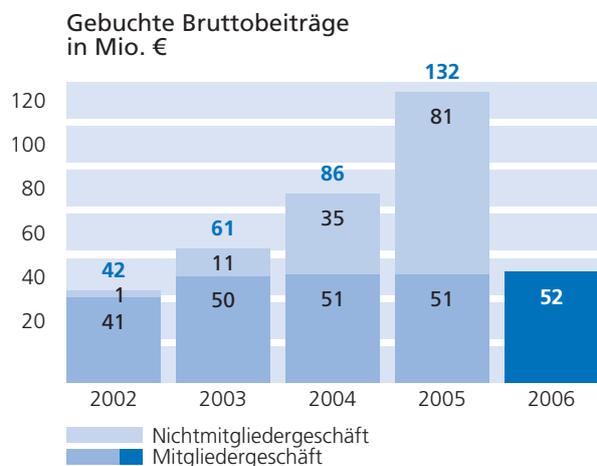
Durch den Abschluss eines Gruppenvertrages können die jeweiligen Arbeitgeber die Mitgliedschaft bei der R+V Pensionsversicherung a. G. erwerben und ihre Mitarbeiter versichern.

Versicherungsarten

Das Versorgungsprogramm der R+V Pensionsversicherung a. G. erstreckt sich auf die Versicherung von Alters-, Berufsunfähigkeits- und Hinterbliebenenrenten.

Der Tarif NT2004 sieht in der Basisvariante einen stufenweisen Aufbau des Versicherungsschutzes vor. Er wird darüber hinaus in drei Tarifvarianten angeboten, die es den Versicherten ermöglichen, ihren Schutz im Todesfall, bei Eintritt von Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit oder für beide vorzeitigen Versicherungsfälle zu verbessern. In den zusätzlichen Tarifvarianten wird der Versicherungsschutz für den jeweiligen vorzeitigen Versicherungsfall ergänzt, indem eine Zurechnungszeit bis zum 60. Lebensjahr ohne Wartezeit versichert ist.

Mit Wirkung zum 1. Januar 2007 hat der Gesetzgeber den höchstens zulässigen Garantiezins für Neuverträge auf 2,25 % gesenkt. Wie auch bisher schöpft die R+V Pensionsversicherung a. G. den gesetzlich vorgegebenen Rahmen voll aus. Dabei wurden das bewährte Leistungsspektrum sowie die bislang angebotenen Tarifvarianten unverändert beibehalten. Die Änderung des Garantiezinses hat auf die bis zum 31. Dezember 2006 abgeschlossenen Verträge keine Auswirkungen. Für Neukunden wurde der abgesenkte Garantiezins durch eine höhere Deklaration der Zinsüberschussbeteiligung kompensiert.



Beiträge

Die Beitragsentwicklung im Geschäftsjahr war geprägt durch die Übertragung der im Nichtmitgliedergeschäft geführten Pensionsversicherungen auf die R+V Pensionskasse AG.

Die gebuchten Bruttobeiträge des Geschäftsjahres betragen 51,9 Mio. EUR. Dies entspricht einer Steigerung von 1,0 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreswert von 51,4 Mio. EUR.

Wie in den Vorjahren resultierte die Beitragseinnahme im Wesentlichen aus laufenden Beiträgen. Die Einmalbeiträge betragen lediglich 0,3 Mio. EUR.

Versicherungsleistungen

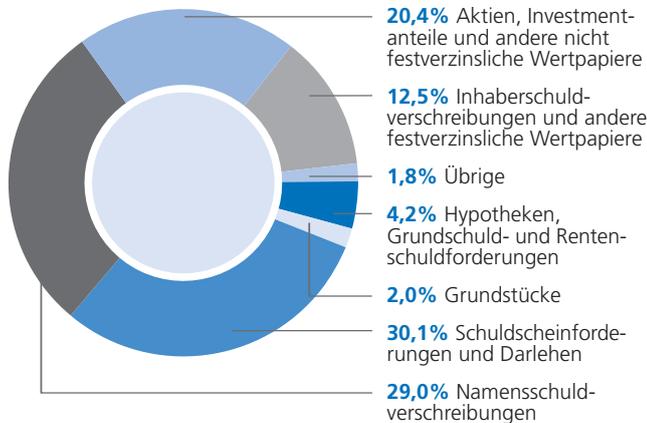
Die Aufwendungen für Versicherungsfälle lagen 2006 bei 56,1 Mio. EUR und stiegen damit um 2,9 % gegenüber dem Vorjahr. Sie beziehen sich nahezu ausschließlich auf Rentenleistungen.

Versichertenbestand

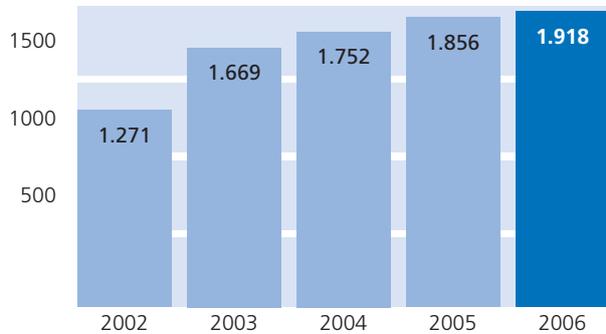
Der Neuzugang zum Aktivenbestand betrug im Berichtsjahr 2.073 Versicherte. Dies ist ein Anstieg um 66,0 % im Vergleich zum Vorjahreswert von 1.249. Der Abgang durch Fälligkeit der Versicherungsleistung, Tod oder Kündigung lag mit 745 Versicherten nur gering über dem Vorjahreswert von 739.

Die Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen ist der Anlage zum Lagebericht (Seite 20 – 21) zu entnehmen.

Struktur der Kapitalanlagen 2006



Kapitalanlagen* in Mio. €



* Nur Mitgliedergeschäft

Kapitalanlagebestand

Die Kapitalanlagen der R+V Pensionsversicherung a. G. beliefen sich am 31. Dezember 2005 auf 1.912,3 Mio. EUR. Im Zuge der Bestandsübertragung des Nichtmitgliedergeschäftes wurden Kapitalanlagen in Höhe von 56,5 Mio. EUR auf die R+V Pensionskasse AG übertragen. Somit ergab sich zum 1. Januar 2006 ein Kapitalanlagebestand von 1.855,8 Mio. EUR. Innerhalb der vergangenen zwölf Monate wiesen die Kapitalanlagen ein Wachstum von 3,3 % auf. Damit lag der Kapitalanlagebestand am 31. Dezember 2006 bei 1.917,8 Mio. EUR. Die für die Neuanlage zur Verfügung stehenden Mittel wurden überwiegend in Zinstitel investiert.

Kapitalanlageergebnis

Das ordentliche Ergebnis der R+V Pensionsversicherung a. G. belief sich in 2006 auf 90,2 Mio. EUR und entsprach den laufenden Erträgen von 93,1 Mio. EUR abzüglich der ordentlichen Aufwendungen im Umfang von 2,8 Mio. EUR. Darin waren planmäßige Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von 1,2 Mio. EUR enthalten. Die laufende Durchschnittsverzinsung nach der Verbandsformel verbesserte sich leicht von 4,7 % im Vorjahr auf 4,8 %.

Der außerordentliche Ergebnisbeitrag betrug im abgelaufenen Geschäftsjahr -0,1 Mio. EUR. Dieser beinhaltete Erträge aus Zuschreibungen als Wertaufholung von Abschreibungen früherer Geschäftsjahre gemäß § 280 HGB in Höhe von 3,2 Mio. EUR sowie Buchgewinne durch die Veräußerung von Aktien und Rentenpapieren in Höhe von 1,4 Mio. EUR. Buchverluste, die im Wesentlichen durch den Verkauf eines Immobilienobjektes resultierten, entstanden in Höhe von 1,4 Mio. EUR. Darüber hinaus waren außerordentliche Abschreibungen in Höhe von 3,2 Mio. EUR erforderlich. Diese Wertberichtigungen waren in erster Linie auf Marktwertänderungen aufgrund der Entwicklung des Kapitalmarktinzinses zurückzuführen.

Ab dem Jahr 2006 werden Währungskursgewinne und -verluste aus Kapitalanlagen direkt in den Erträgen und Aufwendungen aus Kapitalanlagen berücksichtigt. In den Vorjahren waren diese im sonstigen Ergebnis enthalten.

Insgesamt konnte ein Nettoergebnis aus Kapitalanlagen in Höhe von 90,1 Mio. EUR erzielt werden. Die Nettoverzinsung lag bei 4,8 % und damit unter dem – durch den Sondereffekt Zuschreibungen positiv beeinflussten – Vorjahreswert von 5,7 %.

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungskosten bilanzierten Kapitalanlagen nahmen einen Wert von 121,8 Mio. EUR an. Bezogen auf die gesamten Kapitalanlagen resultierte daraus eine gestiegene Reservequote von 6,4 % gegenüber 6,2 % im Vorjahr. Unberücksichtigt bleiben bei dieser Betrachtung die Reserven der zu Nennwerten bilanzierten Aktiva wie Darlehen und Namensschuldverschreibungen, da diese von der Angabeverpflichtung ausgenommen sind.

Die Bedeckung der versicherungstechnischen Passiva durch das Sicherungsvermögen sowie das sonstige gebundene Vermögen war sowohl zu Buch- als auch zu Zeitwerten jederzeit gewährleistet.

Kosten

Die Abschlussaufwendungen beliefen sich auf 0,3 Mio. EUR, die Verwaltungsaufwendungen betragen 0,7 Mio. EUR. Die Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb insgesamt machten damit 1,9 % der gebuchten Beiträge aus.

Die wesentlichen Überschussquellen

Zins-, Risiko- und Kostenergebnis bilden die wesentlichen Quellen des Gesamtüberschusses. Alle drei Ergebnisquellen waren im Berichtsjahr positiv.

Das Zinsergebnis stellte die größte Überschussquelle dar.

Durch die vorsichtige Einschätzung der Sterblichkeit und anderer Risiken war die zweitwichtigste Überschussquelle der Risikoüberschuss.

Da die vorgesehenen Mittel zur Deckung der Kosten im Geschäftsjahr nicht in vollem Umfang benötigt wurden, floss das Kostenergebnis als drittgrößte Quelle in den Überschuss ein.

Der Überschuss und seine Verwendung

Nachdem im Vorjahr aufgrund von Zuschreibungen ein Überschuss im Mitgliedergeschäft von 25,9 Mio. EUR erzielt werden konnte, normalisierte sich dieser im Geschäftsjahr auf 15,5 Mio. EUR. Hiervon wurden 5,0 Mio. EUR der Verlustrücklage zugewiesen. Sie betrug damit zum Geschäftsjahresschluss 57,5 Mio. EUR. Der nach der Zuweisung verbliebene Überschuss von 10,5 Mio. EUR (im Mitgliedergeschäft 2005: 23,4 Mio. EUR) wurde in voller Höhe der Rückstellung für Beitragsrückerstattung zugeführt. Insgesamt wird dadurch die Risikotragfähigkeit der Gesellschaft erneut gestärkt.

Überschussbeteiligung

Aufgrund der Geschäftsergebnisse und der längerfristigen Entwicklungen an den Kapitalmärkten beschloss der Vorstand die auf den Seiten 44 bis 46 dargestellte Überschussbeteiligung.

Die Höhe der Überschussanteilsätze blieb gegenüber den im Vorjahr für das Mitgliedergeschäft deklarierten Sätzen unverändert. Der für Neuverträge ab 1. Januar 2007 abgesenkte Garantiezins wurde durch eine höhere Deklaration der Zinsüberschussbeteiligung kompensiert. Die künftige Entwicklung der Überschussbeteiligung wird wesentlich vom weiteren Verlauf der Kapitalmarktzinsen und auch von der Entwicklung der Lebenserwartung abhängen. Die immer noch relativ niedrigen Kapitalmarktzinsen führen aufgrund der erforderlichen Neu- und Wiederanlagen mittelfristig zu einem schrittweisen Absinken der laufenden Zinserträge. Darüber hinaus ist auch in den kommenden Jahren die Entwicklung der Lebenserwartung sorgfältig zu analysieren. Insbesondere für den Altbestand kann sich daraus zusätzlicher Reservierungsbedarf ergeben, der ebenfalls aus Zinserträgen der Kapitalanlagen zu finanzieren ist.

Vertragsbeziehungen

Die Vorstände der R+V Gruppengesellschaften sind teilweise in Personalunion besetzt.

Die Gesellschaften der R+V Gruppe haben Dienstleistungsvereinbarungen abgeschlossen. Danach werden gesellschaftsübergreifende Dienstleistungen jeweils von einer Gesellschaft – R+V Versicherung AG, R+V Allgemeine Versicherung AG, R+V Lebensversicherung AG, KRAVAG-LOGISTIC Versicherungs-Aktiengesellschaft oder R+V Service Center GmbH – erbracht. Die Dienstleistungen für die anderen Gesellschaften erstrecken sich im Wesentlichen auf folgende Betriebsbereiche: Vermögensanlage, Vermögensverwaltung, Rechnungswesen, Beitragseinzug, Controlling, Rechtswesen, Revision, Kommunikation, Personalverwaltung, allgemeine Verwaltung und Informationsverarbeitung. Die leistungsempfangenden Gesellschaften werden mit den Aufwendungen nach der Inanspruchnahme von Dienstleistungen belastet; sie haben hinsichtlich der ausgliederten Betriebsbereiche Weisungs- und Kontrollrechte.

Darüber hinaus besteht zwischen den Gesellschaften der R+V Gruppe eine Vereinbarung über eine zentrale Gelddisposition und ein zentrales Finanzclearing.

Die Außendienstorganisationen der R+V Lebensversicherung AG und der R+V Allgemeine Versicherung AG vermitteln Pensionsversicherungsverträge für die R+V Pensionsversicherung a. G.

Risiken der künftigen Entwicklung

Risikomanagementprozess

Das Risikomanagement der R+V Pensionsversicherung a. G. ist integraler Bestandteil der Unternehmenssteuerung. Es umfasst alle systematischen Maßnahmen, um Risiken zu erkennen, zu bewerten und zu beherrschen.

Ein über alle Gesellschaften der R+V Gruppe implementierter Risikomanagementprozess legt Regeln zum Umgang mit Risiken fest und ist Grundlage für ein zentrales Frühwarnsystem. Auf Basis verbindlich festgelegter Kennzahlen und Schwellenwerte erfolgt vierteljährlich eine aktualisierte Indexbewertung aller bedeutenden Risiken der R+V Gruppe in einer Datenbank. Bei Überschreitung eines bestimmten Indexwertes werden zwingend Maßnahmen eingeleitet und die Verantwortlichen für deren Durchführung benannt.

Durch die turnusmäßig stattfindende Risikokonferenz und das zentrale Risikoberichtswesen an den Vorstand ist gewährleistet, dass Risiken der künftigen Entwicklung rechtzeitig identifiziert, beurteilt und kontrolliert werden. Bei existenzgefährdenden Veränderungen von Risiken sind in Ausnahmefällen Ad-hoc-Meldungen an das zuständige Vorstandsmitglied und den Leiter der Risikokonferenz vorgesehen.

Gegenstand der Betrachtung im Risikomanagementprozess sind versicherungstechnische Risiken, Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft, Kapitalanlagerisiken, operationelle Risiken sowie globale und strategische Risiken.

Versicherungstechnische Risiken

Die versicherungstechnische Risikosituation der Pensionsversicherungen ist maßgeblich geprägt durch die Langfristigkeit der Leistungsgarantien für den Versicherungsfall bei fest vereinbarten Beiträgen. Bei bestehenden Versicherungen können in Ausnahmesituationen und mit Genehmigung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) die vereinbarten Beiträge und Leistungen geändert werden. Zur Sicherung der Erfüllbarkeit aller Leistungsverpflichtungen aus den Versicherungsverträgen werden Rückstellungen gebildet. Die Berechnung dieser Rückstellungen basiert auf Annahmen über die künftige Entwicklung der biometri-

schen Risiken (Sterblichkeit, Berufsunfähigkeit, usw.), der Kapitalerträge und der Kosten. Die Gefahr, dass sich die Risiken im Laufe der Zeit erhöhen, wird bei der R+V Pensionsversicherung a. G. durch eine sorgfältige Produktentwicklung und einen laufenden Abgleich der Rechnungsgrundlagen mit den tatsächlichen Ereignissen beherrschbar gemacht. Der Verantwortliche Aktuar wacht darüber, dass die Rechnungsgrundlagen neben der gegenwärtigen Risikolage auch einem möglichen Änderungsrisiko standhalten. Soweit die betriebenen Versicherungen auf genehmigten Tarifen basieren, unterliegen diese Rechnungsgrundlagen auch der Kontrolle durch die BaFin. Hohe Einzelrisiken bei Haupt- und Zusatzversicherungen mit Versicherungsbeginn ab Oktober 2004 sind bis auf einen angemessenen Selbstbehalt rückversichert.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. verwendet für die Berechnung der versicherungstechnischen Rückstellung bei Pensionsversicherungen mit Versicherungsbeginn ab Oktober 2004 die Rentensterbetafel DAV 2004 R. Diese ist aufsichtsrechtlich für Neuverträge als angemessen anzusehen.

Die Verstärkung der Deckungsrückstellung für Verträge im Bestand mit Versicherungsbeginn bis September 2004, denen aufsichtsbehördlich genehmigte Tarife zugrunde liegen, geschieht nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan.

Insgesamt kann im Versicherungsbestand von einem stabilen Sicherheitsniveau ausgegangen werden.

Das Risiko, dass die zukünftigen Kapitalerträge den garantierten Zins auf die Rückstellungen unterschreiten, wird eingegrenzt durch den Erhalt von genügend freien Sicherungsmitteln, die in ungünstigen Kapitalmarktsituationen zur Verfügung stehen können. Mit Hilfe von Stress-Tests und Szenarioanalysen im Rahmen des Asset-Liability-Managements wird der notwendige Umfang von Sicherungsmitteln zur Wahrung der Solvabilität laufend überprüft. Insbesondere werden die Auswirkungen eines weiterhin niedrigen Zinsniveaus an den Kapitalmärkten systematisch geprüft.

Zudem werden mittel- bis langfristig wirkende Maßnahmen zur Begrenzung der Garantien umgesetzt. Die jährliche Festlegung der Überschussbeteiligung erfolgt so, dass mit der freien RfB und den Bewertungsreserven in den Kapitalanlagen unter Berücksichtigung der zu erwartenden laufenden Zinserträge noch genügend freie Mittel zur Absicherung des Zinsgarantierisikos zur Verfügung stehen.

Risiken aus dem Ausfall von Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft

Bisher waren keine wesentlichen Ausfälle auf Forderungen an Versicherungsnehmer, Versicherungsvermittler und Mitglieds- und Trägerunternehmen zu verzeichnen.

Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft bestehen nicht.

Kapitalanlagerisiken

Bei der Erstellung des Produktes „Versicherungsschutz“ sind Pensionsversicherungsunternehmen im Rahmen der Kapitalanlage Marktpreisänderungs-, Bonitäts- sowie Liquiditätsrisiken ausgesetzt, die zu einem dauerhaften Wertverlust der Kapitalanlagen führen und - in letzter Konsequenz - die Erfüllbarkeit der Versicherungsverträge gefährden können. Insoweit hat das Kapitalanlagerisiko immer den Charakter eines Asset-Liability-Risikos. Die R+V Pensionsversicherung a. G. begegnet diesen Risiken durch eine konsequente Umsetzung der gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Bestimmungen. Dabei folgt die Vermögensanlage der generellen Leitlinie einer möglichst großen Sicherheit und Rentabilität bei Sicherstellung der jederzeitigen Liquidität des Versicherungsunternehmens. Durch Wahrung einer angemessenen Mischung und Streuung der Kapitalanlagen ist die Anlagepolitik dem Ziel der Risikominimierung in besonderem Maße verpflichtet.

Die Einhaltung der Anlageverordnung sowie der aufsichtsrechtlichen Anlagegrundsätze und Regelungen wird von der R+V Pensionsversicherung a. G. durch ein qualifiziertes Anlagemanagement, geeignete interne Kapitalanlagerichtlinien und Kontrollverfahren, eine perspektivische Anlagepolitik sowie sonstige organisatorische Maßnahmen sichergestellt.

Derivative Finanzinstrumente, Strukturierte Produkte oder Asset Backed Securities werden ausschließlich nach den aufsichtsrechtlichen Bestimmungen eingesetzt. Ihre Behandlung ist ebenfalls in innerbetrieblichen Richtlinien explizit geregelt. Darin enthalten sind insbesondere Volumen und Kontrahentenlimite.

Durch ein umfangreiches und zeitnahes Berichtswesen werden bei der R+V Pensionsversicherung a. G. die verschiedenen Risiken regelmäßig überwacht und transparent dargestellt. Die Auswirkungen ungünstiger Marktbewegungen auf das Kapitalanlageportfolio werden mittels Standard und WorstCaseSzenarien simuliert.

Zusätzlich sind jährlich von der BaFin vorgeschriebene Stress-Tests durchzuführen. Damit wird überprüft, ob das Versicherungsunternehmen trotz einer eintretenden, anhaltenden Krisensituation auf dem Kapitalmarkt in der Lage ist, die gegenüber den Versicherungsnehmern eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen.

Unter Fortschreibung der Kapitalmarktsituation vom Jahresende 2006 auf den 31. Dezember 2007 und Beibehaltung der in 2006 angewandten Methoden zur Ermittlung von dauerhaften Wertminderungen wird das Ergebnis aus Kapitalanlagen erneut einen positiven Beitrag zum Jahresergebnis leisten.

Schließlich begegnet die R+V Pensionsversicherung a. G. Anlagerisiken auf organisatorischer Ebene durch eine strikte funktionale Trennung von Handel, Abwicklung und Controlling.

Die Risiken aus Kapitalanlagen umfassen im Einzelnen:

- das Marktpreisrisiko: das Risiko, aufgrund von nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder Preis beeinflussenden Faktoren wie Zins-, Aktienkurs- oder Wechselkursveränderungen Verluste zu erleiden.
- das Bonitätsrisiko: das Risiko, aufgrund des Ausfalls eines Emittenten oder Kontrahenten Verluste zu erleiden bzw. Gewinne nicht realisieren zu können.
- das Liquiditätsrisiko: das Risiko, aufgrund von nicht zeitgerechten Liquiditätszu- und -abflüssen den Zahlungsverpflichtungen – insbesondere aus Versicherungsverträgen – nicht jederzeit nachkommen zu können.

Marktpreisrisiko

Zur Messung möglicher Marktpreisrisiken in den Kapitalanlagen der R+V Pensionsversicherung a. G. wurden Szenarioanalysen unter folgenden Prämissen durchgeführt: Für direkt und über Fonds gehaltene Aktien wurde die Auswirkung eines 20-prozentigen Kursrückgangs auf den Zeitwert dieser Position simuliert.

Für festverzinsliche Wertpapiere, Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen sowie für Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen wurden die Auswirkungen einer Verschiebung der Zinskurve um einen Prozentpunkt nach oben oder nach unten auf den Zeitwert dieser Wertpapiere und Ausleihungen ermittelt.

Darüber hinaus wird für den Bestand aller zinstragenden Anlagen regelmäßig eine Durationsanalyse durchgeführt.

Fremdwährungspositionen werden im Wesentlichen zur Beimischung im Rahmen des aktiven Portfoliomanagements gehalten. Die daraus resultierenden Wechselkursrisiken unterliegen im Rahmen der Risikomodelle der ständigen Beobachtung.

Bonitätsrisiko

Das Anlageverhalten ist darauf ausgerichtet, Risikokonzentration im Portfolio zu vermeiden und durch eine weitgehende Diversifikation der Anlagen zur Minimierung der Risiken beizutragen. Darüber hinaus handelt es sich bei einem Großteil der festverzinslichen Wertpapiere und Ausleihungen um Emissionen, die von der öffentlichen Hand, öffentlich-rechtlichen Instituten oder Banken mit hervorragendem Rating ausgegeben wurden, zum Beispiel Bundesanleihen oder Pfandbriefe.

Mehr als 96 % (Vorjahr: 95 %) dieser Anlagen in festverzinslichen Wertpapieren weisen ein Standard & Poor's-Rating gleich oder besser „A“, mehr als 78 % (Vorjahr: 74 %) eines gleich oder besser als „AA“ auf.

Liquiditätsrisiko

Die Liquiditätsrisiken der R+V Pensionsversicherung a. G. werden zentral gesteuert. In diese Steuerung sind sämtliche Zahlungsströme aus dem versicherungstechnischen Geschäft, den Kapitalanlagen sowie der allgemeinen Verwaltung einbezogen.

Operationelle Risiken

Operationelle Risiken sind Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb. Sie entstehen durch menschliches Verhalten, technologisches Versagen, Prozess- oder Projektmanagementschwächen oder durch externe Einflüsse.

Das interne Kontrollsystem

Das wesentliche Instrument der R+V Gruppe zur Begrenzung der operationellen Risiken stellt das interne Kontrollsystem dar. Durch Regelungen und Kontrollen in den Fachbereichen und durch die Überprüfung der Anwendung und Wirksamkeit der internen Kontrollsysteme durch die Konzernrevision wird dem Risiko von Fehlentwicklungen und dolosen Handlungen in der Verwaltung vorgebeugt. Zahlungsströme und Verpflichtungserklärungen werden weitestgehend maschinell unterstützt. Im Benutzerprofil hinterlegte Vollmachten und Berechtigungsregelungen sowie maschinelle Vorlagen zur Freigabe aufgrund des hinterlegten Zufallsgenerators geben zusätzliche Sicherheit. Manuelle Bearbeitungen werden grundsätzlich nach dem Vier-Augen-Prinzip freigegeben.

Die interne Überwachung der Regelungen zum Risikomanagementsystem insbesondere hinsichtlich ihrer Wirksamkeit wird durch die Konzernrevision geprüft. Die Umsetzung der hieraus abgeleiteten Maßnahmen wird durch die Konzernrevision im Rahmen des Follow-up nachgehalten.

Risikomanagement im Vertriebsbereich

Den Vertriebsrisiken begegnet die R+V Gruppe mit intensiven Schulungen des Außendienstes und einem Bündel von analysierenden und qualitätssichernden Maßnahmen, wozu insbesondere geeignete Annahmerichtlinien gehören.

Die vertrieblichen Risiken werden anhand von Frühwarnindikatoren, die insbesondere die Veränderungen im Markt und Wettbewerb anzeigen, laufend und systematisch beobachtet; gegebenenfalls werden hieraus frühzeitig geeignete Maßnahmen zur Abwehr bzw. Vermeidung dieser Risiken ergriffen.

Der Risikomanagementprozess umfasst die gesamte Vertriebsstruktur, das heißt sowohl die zentralen als auch die dezentralen Organisationseinheiten.

Am 22. Dezember 2006 wurde das Gesetz zur Neuregelung des Versicherungsvermittlerrechts verkündet, das am 22. Mai 2007 in Kraft treten wird. R+V hat sich auf dieses Gesetz frühzeitig vorbereitet und entsprechende Veränderungen in Geschäftsprozessen, wie beispielsweise die Einführung von Beratungsprotokollen im Verkauf, bereits heute schon umgesetzt. Aktivitäten für die anstehende Registrierung der Vermittler in dem gesetzlich vorgesehenen Vermittlerregister wurden begonnen.

Risikomanagement im IT-Bereich

Durch die enge Verzahnung von Geschäftsprozessen und IT-Abläufen ist es erforderlich, die IT-Unterstützung flexibel und anpassungsfähig an sich ändernde Rahmenbedingungen aufzustellen. Dies wird durch eine prozess- und serviceorientierte Ausrichtung der IT-Organisation erreicht.

Im IT-Bereich gewährleisten umfassende physische und logische Schutzvorkehrungen die Sicherheit von Daten und Anwendungen sowie die Aufrechterhaltung des laufenden Betriebes. Eine besondere Gefahr wäre der teilweise oder totale Ausfall von Datenverarbeitungssystemen. Die R+V Gruppe hat hier durch zwei getrennte Rechenzentrumsstandorte mit Daten- und Systemspiegelung, besonderer Zutrittssicherung, sensiblen Brandschutzvorkehrungen und abgesicherter Stromversorgung über Notstromaggregate Vorsorge getroffen. Ein definiertes Wiederanlaufverfahren für den Katastrophenfall wird durch turnusmäßige Übungen auf seine Wirksamkeit überprüft. Datensicherungen erfolgen in unterschiedlichen R+V-Gebäuden mit hochabgesicherten Räumen. Die Telekommunikationsinfrastruktur ist sowohl intern in den Gebäuden als auch für den Zugriff zum externen Netz hochredundant ausgelegt.

Die IT-Sicherheitsstrategie wird kontinuierlich überprüft und an die aktuelle Bedrohungslage angepasst. Ebenso wird die Gültigkeit der IT-Sicherheitsprinzipien regelmäßig auditiert. Im Rahmen eines unabhängigen Audits wurde der R+V ein hohes IT-Sicherheitsniveau hinsichtlich externer Einflussfaktoren attestiert.

Die Qualitätssicherung der IT-Services erfolgt durch etablierte Prozesse unter Verwendung von Best Practices. Alle servicerelevanten Ereignisse werden erfasst und entsprechend ihrer Bedeutung verfolgt. In einer täglich stattfindenden Konferenz werden die aktuellen Themen behandelt und der Bearbeitung zugeordnet. Im monatlich stattfindenden Service-Control-Meeting werden unter Beteiligung aller IT-Bereichsleiter bei Überschreitung festgelegter Schwellenwerte in Bezug auf Systemverfügbarkeiten und -antwortzeiten Problemschwerpunkte eskaliert, Gegenmaßnahmen abgestimmt und verfolgt sowie Konzepte zur pro-aktiven Störungsvermeidung erarbeitet und umgesetzt.

Risikobeurteilung bei großen Projekten und Investitionen

Für die Planung und Durchführung von Projekten und Investitionen hat die R+V Gruppe verbindliche Vorgaben festgelegt. Die größeren Projekte und Investitionen werden je nach Themenschwerpunkt regelmäßig in der Investitions-, Produktkommission oder in dem Finanzausschuss beurteilt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf Ergebnisse, Probleme und (Gegen-)Maßnahmen sowie Budgeteinhaltung gelegt. Erforderliche Kurskorrekturen werden sofort eingeleitet. Darüber hinaus erfolgt die Abstimmung mit der Risikokonferenz der R+V.

Externe Einflüsse

Veränderungen in den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen unterliegen einer ständigen Beobachtung, um rechtzeitig auf Chancen und Risiken reagieren zu können.

Von besonderer Bedeutung für die Lebensversicherer sowie die nach Art der Lebensversicherung betriebenen Pensionskassen und ihr Geschäftsmodell ist der in 2006 veröffentlichte Entwurf zur Reform des Versicherungsvertragsgesetzes (VVG).

Die Ziele der VVG-Reform sind die Modernisierung des Rechts, eine Erhöhung der Transparenz und die Verbesserung des Verbraucherschutzes. R+V begrüßt diese Ziele ausdrücklich, sieht allerdings im Falle der Umsetzung in der derzeit vorliegenden Form erhebliche Risiken für die Versicherungsunternehmen.

Die vorgesehene starre Form der Beteiligung der Versicherungsnehmer an den Bewertungsreserven – insbesondere die Einbeziehung von Bewertungsreserven aus festverzinslichen Anlagen – kann bei gewissen Kapitalmarktentwicklungen zu Einschränkungen der Risikotragfähigkeit der Unternehmen führen.

Unpräzise Formulierungen insbesondere hinsichtlich der Neuregelungen der Überschussbeteiligung erschweren eine zweifelsfreie Auslegung des Gesetzes und bergen damit das Risiko, dass dies in gerichtlichen Verfahren, deren Ausgang offen ist, nachgeholt wird.

Die vorgesehenen Restriktionen hinsichtlich der vorvertraglichen Anzeigepflicht führen zu einem Informationsungleichgewicht zwischen Versicherer und Versicherungsnehmer und gefährden damit das zugrundeliegende Versicherungsprinzip.

Der GDV wird darauf hinarbeiten, dass der vorliegende Gesetzentwurf im weiteren Gesetzgebungsverfahren an den für die Branche und die Versicherten mit hohen Risiken verbundenen Punkten modifiziert wird. R+V wird sich dabei auch weiterhin an der fachlichen Diskussion beteiligen. Die tatsächlichen Auswirkungen auf die deutschen Versicherungsunternehmen werden somit erst nach der Verabschiedung feststehen.

Auch mit Blick auf die Sonderregelungen, die der Gesetzentwurf für regulierte Pensionskassen vorsieht, wird die R+V Pensionsversicherung a. G. das Gesetzgebungsverfahren aufmerksam verfolgen und die Vor- und Nachteile einer möglichen Re-Regulierung sorgfältig abwägen.

Die R+V Pensionsversicherung a. G. ist auf alle derzeit in Betracht kommenden Szenarien gut vorbereitet und wird daher die Herausforderungen der VVG-Reform bewältigen und die sich daraus ergebenden Chancen nutzen.

Solvency II

Die EU-Kommission arbeitet seit einigen Jahren intensiv an einem neuen Aufsichtsmodell für Versicherungen mit dem Arbeitstitel Solvency II. Zentraler Ausgangspunkt ist eine ganzheitliche Beurteilung und Steuerung der Risiken und der Kapitalausstattung eines Versicherungsunternehmens. R+V ist durch interne Projekte und Arbeitskreise sowie durch die Mitarbeit in Arbeitsgruppen des GDV und der BaFin auf die künftigen Herausforderungen eingestellt und schafft somit die Grundlage einer erfolgreichen Umsetzung der mit Solvency II einhergehenden Anforderungen. Ein wesentlicher Bestandteil ist die laufende Weiterentwicklung des ökonomischen Risikokapitalmodells, um den zukünftigen aufsichtsrechtlichen Anforderungen an interne Modelle gerecht zu werden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Die Solvabilitätsanforderungen für 2006 wurden von der R+V Pensionsversicherung a. G. deutlich übererfüllt.

Die hier skizzierten Instrumente und Analysemethoden zeigen, dass der R+V Pensionsversicherung a. G. ein umfassendes System zur Verfügung steht, das im Sinne eines effizienten Risikomanagements den Erfordernissen der Identifikation und Bewertung von Risiken gerecht wird. Hieraus sind zur Zeit keine Entwicklungen erkennbar, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft nachhaltig und wesentlich beeinträchtigen könnten.

Verbandszugehörigkeit

Die Gesellschaft ist Mitglied folgender Verbände:

- Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg,
- Fachvereinigung Pensionskassen innerhalb der Arbeitsgemeinschaft für betriebliche Altersversorgung e.V., Heidelberg.

Dank

Der Vorstand spricht allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die erbrachten Leistungen Dank und Anerkennung aus. Der Dank des Vorstandes gilt ebenfalls unseren Geschäftsfreunden im genossenschaftlichen Bereich, die durch ihre Partnerschaft den Geschäftsverlauf gefördert haben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung und Ausblick

Für das Jahr 2007 gehen wir von einem etwas geringeren Neugeschäft sowie einer Beitragseinnahme auf Vorjahresniveau aus.

Insgesamt rechnen wir für 2007 mit einem zufriedenstellenden Ergebnis.

Wiesbaden, 16. März 2007

Der Vorstand

Anlage zum Lagebericht

Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen im Geschäftsjahr 2006

A. Bewegung des Bestandes an Pensionsversicherungen (ohne Zusatzversicherungen)

	Anwärter		Invaliden- und Altersrentner		Summe der Jahresrenten €
	Männer	Frauen	Männer	Frauen	
	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Anzahl	
I. Bestand am Anfang des Geschäftsjahrs					
1. Bestand am 31. 12. des Vorjahrs	65.577	43.150	5.547	2.713	46.453.138
2. Zum 1. 1. des Geschäftsjahrs übertragener Bestand	-42.665	-27.987	-11	-	-4.938
3. Bestand am 1. 1. des Geschäftsjahrs	22.912	15.163	5.536	2.713	46.448.200
II. Zugang während des Geschäftsjahrs:					
1. Neuzugang an Anwärtern, Zugang an Rentnern	1.345	728	423	207	2.967.145
2. Sonstiger Zugang	3	-	-	-	74.108
3. Gesamter Zugang	1.348	728	423	207	3.041.253
III. Abgang während des Geschäftsjahrs:					
1. Tod	28	6	166	45	1.091.511
2. Beginn der Altersrente	389	184	-	-	-
3. Berufs- oder Erwerbsunfähigkeit (Invalidität)	36	23	-	-	-
4. Reaktivierung, Wiederheirat, Ablauf	-	-	2	-	8.008
5. Ausscheiden unter Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	15	7	-	-	-
6. Ausscheiden ohne Zahlung von Rückkaufswerten, Rückgewährbeträgen und Austrittsvergütungen	-	-	-	-	-
7. Sonstiger Abgang	35	22	-	-	-
8. Gesamter Abgang	503	242	168	45	1.099.519
IV. Bestand am Ende des Geschäftsjahrs	23.757	15.649	5.791	2.875	48.389.934
Davon					
1. Beitragsfreie Anwartschaften	4.042	3.668	-	-	-
2. In Rückdeckung gegeben	-	-	-	-	-

B. Bestand an Zusatzversicherungen

	Unfall-		Sonstige	
	Zusatzversicherungen		Zusatzversicherungen	
	Anzahl der Versicherungs- verträge	Versicherungs- summe €	Anzahl der Versicherungs- verträge	Versicherungs- summe €
Bestand				
1. Am 31. 12. des Vorjahrs	-	-	11.004	-
2. Zum 1. 1. des Geschäftsjahrs übertragener Bestand	-	-	-6.608	-
3. Bestand am 1. 1. des Geschäftsjahrs	-	-	4.396	-
4. Am Ende des Geschäftsjahrs	-	-	4.256	-
Davon in Rückdeckung gegeben	-	-	1.018	-

Hinterbliebenenrenten

			Summe der Jahresrenten		
Witwen Anzahl	Witwer Anzahl	Waisen Anzahl	Witwen €	Witwer €	Waisen €
2.164	129	149	6.953.530	316.206	169.787
-	-	-1	-515	-	-139
2.164	129	148	6.953.015	316.206	169.648
131	11	26	457.299	22.814	39.142
-	-	-	5.523	709	4.259
131	11	26	462.822	23.523	43.401
90	4	-	233.026	6.651	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	2	22	-	2.665	34.028
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-
90	6	22	233.026	9.316	34.028
2.205	134	152	7.182.811	330.413	179.021
-	-	-	-	-	-
-	-	-	-	-	-

Jahresabschluss 2006

Bilanz zum 31. 12. 2006*

Akiva

	€	€	€	2006 €	2005 €
A. Wechsel der Zeichner des Gründungsstocks				—,—	—,—
B. Immaterielle Vermögensgegenstände					
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs			—,—		—,—
II. Geschäfts- oder Firmenwert			—,—		—,—
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände			—,—		10.171.604,—
				—,—	10.171.604,—
C. Kapitalanlagen					
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken			38.761.363,80		44.553.559,40
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		—,—			—,—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen		—,—			—,—
3. Beteiligungen		7.178.876,43			7.178.876,43
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		—,—	7.178.876,43		—,—
III. Sonstige Kapitalanlagen					
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		390.334.109,28			386.976.276,25
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		239.824.082,13			253.357.724,09
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen		80.564.922,22			81.537.178,74
4. Sonstige Ausleihungen					
a) Namensschuldverschreibungen	557.168.216,54				543.590.624,88
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	577.753.332,61				566.687.695,32
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—				—,—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	1.134.921.549,15			—,—
5. Einlagen bei Kreditinstituten		—,—			2.200.000,—
6. Andere Kapitalanlagen		26.176.407,78	1.871.821.070,56		26.176.242,52
IV. Depotforderungen aus dem in Rückdeckung übernommenen Versicherungsgeschäft			—,—		—,—
				1.917.761.310,79	1.912.258.177,63
D. Kapitalanlagen für Rechnung und Risiko von Inhabern von Lebensversicherungspolice				—,—	2.578.286,22

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

	€	€	€	2006 €	2005 €
E. Forderungen					
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:					
1. Versicherungsnehmer					
a) Fällige Ansprüche	70.123,80				893.332,58
b) Noch nicht fällige Ansprüche	—,—	70.123,80			7.774.716,—
2. Versicherungsvermittler		—,—			3.681.915,08
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen		521.764,34	591.888,14		478.451,33
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft			—,—		—,—
III. Sonstige Forderungen			15.628.956,60		3.954.766,09
				16.220.844,74	16.783.181,08
F. Sonstige Vermögensgegenstände					
I. Sachanlagen und Vorräte			1.288,—		3.621,—
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand			434.347,01		39.912.775,—
III. Eigene Anteile			—,—		—,—
Nennwert bzw. rechnerischer Wert:					
– €	(– €)				
IV. Andere Vermögensgegenstände			9.471.353,—		9.039.516,14
				9.906.988,01	48.955.912,14
G. Voraussichtliche Steuerentlastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 2 HGB				—,—	—,—
H. Rechnungsabgrenzungsposten					
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten			33.197.841,89		36.482.727,35
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten			13.744.762,—		7.657.616,47
				46.942.603,89	44.140.343,82
I. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag				—,—	—,—
Summe Aktiva				1.990.831.747,43	2.034.887.504,89

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter den Posten E. II. der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung des § 341 f HGB sowie der auf Grund des § 65 Abs. 1 VAG erlassenen Rechtsverordnungen berechnet worden ist; für den Altbestand im Sinne des § 11 c in Verbindung mit § 156 a Abs. 3 Satz 3 VAG (in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Dezember 1992 [BGBl. 1993 I S. 2], zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 22. Mai 2005 [BGBl. I S. 1373]) ist die Deckungsrückstellung nach dem zuletzt am 21. Dezember 2006 genehmigten Geschäftsplan berechnet worden.

Wiesbaden, 30. Januar 2007

Sprenger
Verantwortlicher Aktuar

Ich bescheinige gemäß § 73 VAG, dass das Sicherungsvermögen vorschriftsmäßig angelegt und aufbewahrt ist.

Wiesbaden, 15. März 2007

Schottler
Treuhänder

Passiva

			2006	2005
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Gründungsstock		—,—		—,—
II. Kapitalrücklage		—,—		—,—
Davon Rücklage gemäß § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG: – €	(– €)			
III. Gewinnrücklagen				
1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	57.500.000,—			52.500.000,—
2. Rücklage für eigene Anteile	—,—			—,—
3. Satzungsmäßige Rücklagen	—,—			—,—
4. Rücklage gemäß § 58 Abs. 2a AktG	—,—			—,—
5. Andere Gewinnrücklagen	—,—	57.500.000,—		—,—
IV. Bilanzgewinn/Bilanzverlust		—,—		—,—
			57.500.000,—	52.500.000,—
B. Genussrechtskapital			—,—	—,—
C. Nachrangige Verbindlichkeiten			—,—	—,—
D. Sonderposten mit Rücklageanteil			1.324.329,10	1.324.329,10
E. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	—,—			9.407.173,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
II. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag	1.774.032.813,—			1.808.503.396,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	1.774.032.813,—		—,—
III. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	951.751,32			1.011.509,24
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	951.751,32		—,—
IV. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	153.422.375,62			153.691.274,76
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	153.422.375,62		—,—
V. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen			—,—	—,—
VI. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
			1.928.406.939,94	1.972.613.353,—

			2006	2005
	€	€	€	€
F. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird				
I. Deckungsrückstellung				
1. Bruttobetrag				
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		2.578.286,22
II. Übrige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	—,—			—,—
2. Davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	—,—	—,—		—,—
			—,—	2.578.286,22
G. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		263.111,—		1.034.857,—
II. Steuerrückstellungen		—,—		—,—
III. Voraussichtliche Steuerbelastung nachfolgender Geschäftsjahre gemäß § 274 Abs. 1 HGB		—,—		—,—
IV. Sonstige Rückstellungen		568.736,—		430.412,—
			831.847,—	1.465.269,—
H. Depotverbindlichkeiten aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft			—,—	—,—
I. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber				
1. Versicherungsnehmern	100.163,23			1.037.187,88
2. Versicherungsvermittlern	—,—			346.349,02
3. Mitglieds- und Trägerunternehmen	210.696,44	310.859,67		314.920,79
II. Abrechnungsverbindlichkeiten aus dem Rückversicherungsgeschäft		—,—		1.358,82
III. Anleihen		—,—		—,—
Davon konvertibel: – € (– €)				
IV. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		501.831,10		581.237,97
V. Sonstige Verbindlichkeiten		1.369.561,66		1.501.869,82
Davon:				
aus Steuern 129.255 € (296.905 €)				
im Rahmen der sozialen Sicherheit – € (19.585 €)				
			2.182.252,43	3.782.924,30
K. Rechnungsabgrenzungsposten			586.378,96	623.343,27
Summe Passiva			1.990.831.747,43	2.034.887.504,89

Gewinn-und-Verlust-Rechnung*

vom 1. 1. bis 31. 12. 2006

	€	€	2006 €	2005 €
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	51.896.629,40			131.794.487,66
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	163.977,47	51.732.651,93		98.372,02
c) Veränderung der Bruttobeitragsüberträge	—,—			-1.465.160,—
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	—,—	—,—		—,—
			51.732.651,93	130.230.955,64
2. Beiträge aus der Brutto-Rückstellung für Beitragsrückerstattung			5.608.570,44	5.553.336,71
3. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen		338.225,12		276.150,—
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
Davon:				
aus verbundenen Unternehmen	— €	(— €)		
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücksgleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	4.381.678,19			4.680.073,35
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	88.332.038,02	92.713.716,21		83.990.199,12
c) Erträge aus Zuschreibungen		3.211.649,63		18.988.940,47
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.383.774,01		2.844.539,03
e) Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen		—,—		—,—
f) Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			97.647.364,97	110.779.901,97
4. Nicht realisierte Gewinne aus Kapitalanlagen			—,—	405.321,60
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge für eigene Rechnung			49,56	8.067.086,41
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	56.081.623,05			55.187.771,98
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	56.081.623,05		—,—
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	18.882,83			191.525,68
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	18.882,83		—,—
			56.100.505,88	55.379.297,66

* Bei Davon-Vermerken Vorjahreszahlen in Klammern.

			2006	2005
	€	€	€	€
7. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Deckungsrückstellung				
aa) Bruttobetrag	-73.837.935,—			-136.827.447,42
bb) Anteil der Rückversicherer	—,—	-73.837.935,—		—,—
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen	—,—		—,—	
			-73.837.935,—	-136.827.447,42
8. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen für eigene Rechnung			10.540.234,01	29.253.145,18
9. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb für eigene Rechnung				
a) Abschlussaufwendungen	297.397,01			19.095.062,27
b) Verwaltungsaufwendungen	701.570,57	998.967,58		2.303.192,56
c) Davon ab:				
Erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		98.090,90		56.516,66
			900.876,68	21.341.738,17
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen		1.651.793,50		2.031.258,48
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen		4.421.048,88		3.629.288,71
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen		1.426.943,37		40.927,82
d) Aufwendungen aus Verlustübernahme		—,—		—,—
e) Einstellungen in den Sonderposten mit Rücklageanteil		—,—		—,—
			7.499.785,75	5.701.475,01
11. Nicht realisierte Verluste aus Kapitalanlagen			—,—	3,64
12. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen für eigene Rechnung			83,04	4.212.878,08
13. Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung			6.109.216,54	2.320.617,17

			2006	2005
	€	€	€	€
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Sonstige Erträge		81.408,59		2.674.313,88
2. Sonstige Aufwendungen		1.047.645,22		2.334.424,21
3. Nichtversicherungstechnisches Ergebnis			-966.236,63	339.889,67
4. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit			5.142.979,91	2.660.506,84
5. Außerordentliche Erträge		—,—		—,—
6. Außerordentliche Aufwendungen		—,—		—,—
7. Außerordentliches Ergebnis			—,—	—,—
8. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag		—,—		300,—
9. Sonstige Steuern		142.979,91		160.206,84
			142.979,91	160.506,84
10. Erträge aus Verlustübernahme		—,—		—,—
11. Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		—,—		—,—
			—,—	—,—
12. Jahresüberschuss			5.000.000,—	2.500.000,—
13. Gewinnvortrag/Verlustvortrag aus dem Vorjahr			—,—	—,—
14. Entnahmen aus der Kapitalrücklage			—,—	—,—
Davon Entnahmen aus der Rücklage gem. § 5 Abs. 5 Nr. 3 VAG:	— €	(— €)		
15. Entnahmen aus Gewinnrücklagen				
a) aus der Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		—,—		—,—
b) aus der Rücklage für eigene Anteile		—,—		—,—
c) aus satzungsmäßigen Rücklagen		—,—		—,—
d) aus anderen Gewinnrücklagen		—,—		—,—
			—,—	—,—
16. Entnahmen aus Genussrechtskapital			—,—	—,—
17. Einstellungen in Gewinnrücklagen				
a) in die Verlustrücklage gemäß § 37 VAG		5.000.000,—		2.500.000,—
b) in die Rücklage für eigene Anteile		—,—		—,—
c) in satzungsmäßige Rücklagen		—,—		—,—
d) in andere Gewinnrücklagen		—,—		—,—
			5.000.000,—	2.500.000,—
18. Wiederauffüllung des Genussrechtskapitals			—,—	—,—
19. Bilanzgewinn/Bilanzverlust			—,—	—,—

Anhang

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken wurden mit den um Abschreibungen geminderten Anschaffungs- oder Herstellungskosten bilanziert. Die Abschreibungen erfolgten linear mit dem steuerlich gebotenen Satz.

Beteiligungen sowie die in **Anderen Kapitalanlagen** enthaltenen Anteile wurden zu Anschaffungskosten, gegebenenfalls vermindert um anteilige Abschreibungen, bilanziert.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie **Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere** wurden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet, soweit sie nicht dem Anlagevermögen zugeordnet sind.

In diesen Positionen wurden auch derivative Finanzinstrumente erfasst. Im Rahmen der Bilanzierung wurden Bewertungseinheiten mit im Bestand vorhandenen Wertpapieren gebildet.

Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere, die gemäß § 341 b Abs. 2 Satz 1 HGB dem Anlagevermögen zugeordnet sind, wurden zum 31. Dezember 2006 mit ihrem aktuellen Marktwert bewertet, maximal jedoch mit den Anschaffungskosten.

Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Sonstige Ausleihungen und die in den **Anderen Kapitalanlagen** enthaltenen Darlehen wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt, soweit nicht Einzelwertberichtigungen vorzunehmen waren.

Die unter den sonstigen Ausleihungen ausgewiesenen Zero-Schuldscheindarlehen wurden zu Anschaffungskosten unter Berücksichtigung der kapitalisierten Zinsansprüche bilanziert.

Agio- und Disagiobeträge wurden durch aktive und passive Rechnungsabgrenzungsposten auf die individuelle Laufzeit der jeweiligen Anlage zeitanteilig verteilt. Hierbei handelt es sich um die Abgrenzungen auf Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen, Namensschuldverschreibungen, Schuldscheindarlehen und übrige Ausleihungen sowie aktivierte Optionsprämien der zerlegungspflichtigen strukturierten Produkte.

Finanzderivate und **strukturierte Produkte** wurden in ihre einzelnen Bestandteile zerlegt und mittels anerkannter finanzmathematischer Methoden auf Basis der Modelle von Black – Scholes, Hull – White und Brace – Gatarek – Musiela (BGM) bewertet.

Der Ansatz aller **anderen Forderungen** erfolgte mit dem Nennwert.

Die Bewertung der **Betriebs- und Geschäftsausstattung** erfolgte zu Anschaffungskosten, die linear innerhalb der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer abgeschrieben werden. Die Zugänge und Abgänge des Geschäftsjahres wurden zeitanteilig abgeschrieben. Geringwertige Wirtschaftsgüter wurden im Jahr der Anschaffung voll abgeschrieben.

Die **Deckungsrückstellung** wurde grundsätzlich einzelvertraglich mit einer prospektiven Methode ermittelt. Die Berechnung erfolgte für den Altbestand nach dem von der BaFin genehmigten Geschäftsplan, für den Neubestand nach den der BaFin nach § 13 Nr. 6 VAG dargelegten Grundsätzen. Eine Zillmerung wurde nicht vorgenommen.

Der Berechnung im Abrechnungsverband R+V Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen sowie für Verträge mit Versicherungsbeginn ab 1. Januar 2001 ein Rechnungszins von 3,5 % und für Verträge mit Versicherungsbeginn bis 31. Dezember 2000 ein Rechnungszins von 4,0 % zugrunde gelegt. Die Ausscheideordnungen basieren seit dem Berichtsjahr 2001 auf den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck und beinhalten Abschläge bei den Ausscheidewahrscheinlichkeiten, um die Verhältnisse dieses Versichertenbestandes zu berücksichtigen.

Der Berechnung im Abrechnungsverband GENO Mitglieder wurden bestandsindividuelle Ausscheideordnungen auf Basis der Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszins von 3,5 % zugrunde gelegt. Des Weiteren enthält die Deckungsrückstellung einen auf Basis der Beiträge des Berichtsjahres ermittelten pauschalen Betrag zur Finanzierung der Deckungsrückstellung der aus Beiträgen des laufenden Geschäftsjahrs zu erwerbenden Anwartschaften von Versicherten ab Alter 60.

Da sich für die Zukunft ein weiter anhaltender Aufwärtstrend bei der Lebenserwartung abzeichnet, wurden die Abschläge bei den Ausscheideordnungen in beiden Abrechnungsverbänden im Berichtsjahr 2006 erneut erhöht, um die künftige Entwicklung der Verhältnisse der Versicherungsbestände zu berücksichtigen. Die aus dieser Umstellung der Rechnungsgrundlagen resultierende zusätzliche Zuführung zur Deckungsrückstellung wurde zum 31. Dezember 2006 in voller Höhe vorgenommen.

Verwaltungskosten werden für den Altbestand in der Deckungsrückstellung für Verträge mit laufender Beitragszahlung für beitragspflichtige Jahre mit Ausnahme der im Abrechnungsverband GENO Mitglieder vor dem 1. Januar 1984 geschlossenen Verträge implizit berücksichtigt. Für alle laufenden Renten, Rentenanwartschaften einschließlich der beitragsfreien Rentenanwartschaften aus der Überschussbeteiligung sowie bei beitragsfrei gestellten Versicherungen wird eine Verwaltungskostenrückstellung gebildet.

Für die Berechnung der Deckungsrückstellung im Neubestand wurde die Sterbetafel DAV 2004 R für Männer und Frauen mit einer einheitlichen Altersverschiebung sowie ein Rechnungszins von 2,75 % verwendet. Die Invalidisierungswahrscheinlichkeiten entstammen der Tafel R+V 2000 I. Verwaltungskosten wurden in der Deckungsrückstellung implizit und durch eine zusätzliche Verwaltungskostenrückstellung berücksichtigt.

Anteile der Rückversicherer an der Deckungsrückstellung lagen nicht vor.

Die **Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle** wurde individuell ermittelt. Die Spätschadenrückstellung erfasst die Summe aller riskierten Kapitale (Barwert der Rentenleistungen minus vorhandenem Deckungskapital aus der Anwartschaft) für diejenigen Versicherungen, bei denen bis zum Bilanzstichtag der Versicherungsfall eingetreten ist, die aber erst im neuen Geschäftsjahr gemeldet oder entschieden wurden. Zur Berücksichtigung der nicht mehr rechtzeitig vor Bilanzerstellung bekannt gewordenen Invaliditätsfälle ist die Spätschadenrückstellung um eine auf aktualisierten Erfahrungswerten beruhende pauschale Zuschätzung erhöht worden.

Zum 1. Dezember des Geschäftsjahres wurden die Altersrentenverpflichtungen der Rentner auf die VGU e. V. – Versorgungskasse genossenschaftlich orientierter Unternehmen – übertragen, was zu einer erheblichen Reduktion der Pensionsrückstellungen führte.

Bei der Bewertung der **Pensionsrückstellung** wurde im Geschäftsjahr der Rechnungszins von 6,0 % im Vorjahr auf 4,5 % umgestellt, um die im Unternehmen verbleibenden zukünftigen Verpflichtungen angemessen zu berücksichtigen. Aus der Änderung der Bewertungsmethode resultierte eine Erhöhung der Pensionsrückstellung. Der hierzu notwendige Aufwand wurde im sonstigen Ergebnis ausgewiesen.

Die Rückstellungen für **Pensionen** wurden entsprechend § 6 a EStG nach dem Teilwertverfahren unter erstmaliger Zugrundelegung der Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck berechnet. Der Übergang von den Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck auf die Richttafeln 2005 G wird beginnend mit dem Jahr 2005 jeweils zu einem Drittel gleichmäßig verteilt. Hierbei wurde auf Basis der Einzelwerte jeweils das Maximum angesetzt aus dem steuerlich zulässigen Rückstellungswert sowie dem Rückstellungswert, der sich gemäß den Richttafeln 2005 G mit einem Zinssatz von 4,5 % ergibt.

Die Rückstellung für **Altersteilzeit** umfasst das rückständige Arbeitsentgelt sowie die noch zu zahlenden Aufstockungsbeträge zum Gehalt und zur Altersversorgung. Bei den Aufstockungsbeträgen wurde ein versicherungsmathematischer Abschlag vorgenommen. Als Rechnungsgrundlage wurden die Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % verwendet.

Die **Jubiläumsrückstellung** wurde nach den Richttafeln 2005 G von Klaus Heubeck mit einem Zinssatz von 5,5 % berechnet.

Der Wertansatz der **übrigen nichtversicherungstechnischen Rückstellungen** geht von dem voraussichtlichen Bedarf aus.

Die **Anderen Verbindlichkeiten** wurden mit dem Rückzahlungsbetrag angesetzt.

Bei den **Währungsumrechnungen** für Aktien, andere nicht festverzinsliche Wertpapiere und Inhaberschuldverschreibungen ergaben sich die Euro-Anschaffungskosten aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Anschaffungszeitpunkt; der Euro-Börsenwert wurde aus Wertpapier- und Devisenkurs zum Bilanzstichtag ermittelt.

In Fremdwährung geführte laufende Guthaben bei Kreditinstituten wurden mit dem Kurs vom 31. Dezember 2006 bewertet.

Die übrigen Aktiva und Passiva sind mit dem Devisenkurs zum Bilanzstichtag in Euro umgerechnet worden. Für die Umrechnung der Erträge aus Wertpapieren war der Devisenkurs zum Zeitpunkt des Ertragszuflusses Umrechnungsgrundlage; für alle übrigen Erträge und Aufwendungen der Devisenkurs am Bilanzstichtag. Währungskursgewinne und Währungskursverluste innerhalb der gleichen Währung wurden saldiert.

Erläuterungen zur Bilanz

Entwicklung der Aktivposten B., C. I. bis III. im Geschäftsjahr 2006

	Bilanzwerte Vorjahr	Bestands- übertragung	Bilanzwerte Vorjahr	
	vor Übertragung		nach Übertragung	
	€	€	€	%
B. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. Aufwendungen für die Ingangsetzung und Erweiterung des Geschäftsbetriebs nach § 269 Abs.1 Satz 1 HGB	—,—	—,—	—,—	
II. Entgeltlich erworbener Geschäfts- oder Firmenwert	—,—	—,—	—,—	
III. Sonstige immaterielle Vermögensgegenstände	10.171.604,—	-10.171.604,—	—,—	
Summe B.	10.171.604,—	-10.171.604,—	—,—	
C. Kapitalanlagen				
C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	44.553.559,40	—,—	44.553.559,40	2,4
C. II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	—,—	—,—	—,—	—
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	—,—	—,—	—,—	—
3. Beteiligungen	7.178.876,43	—,—	7.178.876,43	0,4
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	—,—	—,—	—,—	—
5. Summe C. II.	7.178.876,43	—,—	7.178.876,43	0,4
C. III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	386.976.276,25	-1.401.000,—	385.575.276,25	20,8
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	253.357.724,09	-13.596.791,45	239.760.932,64	12,9
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	81.537.178,74	—,—	81.537.178,74	4,4
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	543.590.624,88	-20.900.000,—	522.690.624,88	28,2
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	566.687.695,32	-20.556.459,41	546.131.235,91	29,4
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	—,—	—,—	—,—	—
d) Übrige Ausleihungen	—,—	—,—	—,—	—
5. Einlagen bei Kreditinstituten	2.200.000,—	—,—	2.200.000,—	0,1
6. Andere Kapitalanlagen	26.176.242,52	—,—	26.176.242,52	1,4
7. Summe C. III.	1.860.525.741,80	-56.454.250,86	1.804.071.490,94	97,2
Summe C.	1.912.258.177,63	-56.454.250,86	1.855.803.926,77	100,0
Insgesamt	1.922.429.781,63	-66.625.854,86	1.855.803.926,77	

C. Kapitalanlagen

Zeitwerte der zum Anschaffungswert bilanzierten Kapitalanlagen			davon: Anlagevermögen nach § 341 b Abs. 2 HGB	
	Buchwert	Zeitwert	Buchwert	Zeitwert
	Mio. €	Mio. €	Mio. €	Mio. €
Grundstücke	38,8	64,7	—,—	—,—
Festverzinsliche Wertpapiere	293,3	307,3	—,—	—,—
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	390,3	470,7	295,3	362,0
Übrige Kapitalanlagen	21,1	22,6	—,—	—,—
	743,5	865,3	295,3	362,0

Die Bewertungsreserven der zu Anschaffungswerten bilanzierten Kapitalanlagen einschließlich des Anlagevermögens belaufen sich per Saldo auf 121,8 Mio. € = 6,4 % der gesamten Kapitalanlagen. Nicht berücksichtigt sind somit die Reserven der zum Nennwert bilanzierten Kapitalanlagen.

Für die Ermittlung der Zeitwerte wurden in der Regel Börsenkurse resp. Marktpreise zugrunde gelegt. Alle 22 Grundstücke wurden zuletzt in 2006 bewertet. Soweit darüber hinaus andere Wertansätze verwendet worden sind, entsprechen diese den Bestimmungen des § 56 RechVersV. Gemäß § 341b Abs. 2 HGB wurden 295,3 Mio. € Kapitalanlagen dem Anlagevermögen zugeordnet. Dieses beinhaltet auf Basis der Kurse zum 31. Dezember 2006 eine positive Bewertungsreserve von 66,7 Mio. €.

C. I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	2006	
	Anzahl	€
Mit Geschäfts- und anderen Bauten	10	31.974.019,40
Mit Wohnbauten	10	6.659.802,64
Ohne Bauten	2	127.541,76
	22	38.761.363,80
Bilanzwert der überwiegend von R+V Gesellschaften genutzten Grundstücke		—,—

C. II. 3. Beteiligungen	Anteil am	Geschäftsjahr	Eigenkapital	Ergebnis
Name und Sitz der Gesellschaft	Kapital in %		€	€
BAU + HAUS Management GmbH, Karlsruhe	50,0	2005	12.632.728	645.586

Es bestehen keine Nachzahlungsverpflichtungen.

C. III. Sonstige Kapitalanlagen

Struktur der derivativen Finanzinstrumente	Nominalbetrag			
	Restlaufzeit			Summe
	< 1 Jahr	1-5 Jahre	> 5 Jahre	
€	€	€	€	
Zinsbezogen	–	–	20.225.838	20.225.838
Währungsbezogen	–	–	–	–
Aktien-, indexbezogen	–	–	–	–
	–	–	20.225.838	20.225.838

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag Swapgeschäfte, die wirtschaftlich geschlossen sind.

Im Zusammenhang mit optionalen Multi-Tranchen-Geschäften bestehende Abnahmeverpflichtungen werden gemäß BAV-Rundschreiben R 3/2000 im Jahr der möglichen Andienung berücksichtigt.

Angaben zu Finanzinstrumenten	Nominalvolumen	Buchwert	Zeitwert
	€	€	€
Swaps ¹⁾	20.225.838	–	1.644.983
Optionen ²⁾	5.000.000	124.472	10.055
Zu Anschaffungskosten bilanzierte Finanzinstrumente ^{3) 4)}	36.337.423	36.337.423	31.969.017

¹⁾ Bewertungsmethode = Zero-Coupon-Pricing

²⁾ Bewertungsmethode = Black-Scholes. Der Ausweis der Optionen erfolgt bei den Passiva unter Posten I. V.

³⁾ Bewertungsmethode = Brace-Gatarek-Musiela. Der Ausweis der zu Anschaffungskosten bilanzierten Finanzinstrumente, die über ihrem Zeitwert ausgewiesen wurden, erfolgt bei den Aktiva unter Posten C III. 4 a) und b).

⁴⁾ Keine dauerhafte Wertminderung, da durch Marktpreisänderung bedingt.

H. II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten	2006
	€
Agio aus Kapitalanlagen	13.744.762,00
	13.744.762,00

Passiva

A. III. 1. Verlustrücklage gemäß § 37 VAG	2006
	€
Vortrag zum 1. 1.	52.500.000,—
Einstellung aus dem Jahresüberschuss 2006	5.000.000,—
Stand am 31. 12.	57.500.000,—

D. Sonderposten mit Rücklageanteil	2006
Rücklage nach § 6b EStG	€
Vortrag zum 1. 1.	1.324.329,10
Entnahme	—,—
Einstellung	—,—
Stand am 31. 12.	1.324.329,10

E. I. Beitragsüberträge	€
Stand am 31. 12. 2005	9.407.173,—
Bestandsübertragung Nichtmitgliedergeschäft	-9.407.173,—
Vortrag zum 1. 1. 2006	—,—
Zugang:	
Veränderung 2006	—,—
Brutto	—,—
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2006	—,—

E. II. Deckungsrückstellung	€
Stand am 31. 12. 2005	1.808.503.396,—
Bestandsübertragung Nichtmitgliedergeschäft	-108.308.518,—
Vortrag zum 1. 1. 2006	1.700.194.878,—
Zugang:	
Veränderung 2006	73.837.935,—
Brutto	1.774.032.813,—
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2006	1.774.032.813,—

E. IV. Rückstellung für erfolgsabhängige Beitragsrückerstattung	€
Stand am 31. 12. 2005	153.691.274,76
Bestandsübertragung Nichtmitgliedergeschäft	-3.841.019,—
Stand am 1. 1. 2006	149.850.255,76
Entnahmen:	
Beiträge zur Erhöhung der Versicherungsleistung	5.608.570,44
Sonderzahlung an Rentempfänger	1.299.678,74
Gutschriften an Versicherungsnehmer	59.864,97
	6.968.114,15
Zuweisungen:	
aus dem Überschuss des Geschäftsjahres	10.540.234,01
aus gutgeschriebenen Überschussanteilen	—,—
	10.540.234,01
Stand am 31. 12. 2006	153.422.375,62
Davon entfallen auf:	
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen	100.891.655,—
die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten	7.038.136,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte laufende Überschüsse	1.719.506,—
bereits festgelegte, aber noch nicht zugeteilte Schlussüberschussanteile	8.120.000,—
den Fonds für Schlussüberschussanteile	222.475,—

Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen ist nach dem Geschäftsplan einzelvertraglich nach einer prospektiven Methode mit einem Zinssatz von 6 % berechnet. Die Rückstellung zur Finanzierung künftiger Witwerrenten ist nach dem Geschäftsplan nach einem pauschalen Verfahren mit einem Zinssatz von 6 % berechnet.

Der Fonds für Schlussüberschussanteile wurde auf Basis des zum nächsten Bilanzstichtag vorgesehenen nicht garantierten Schlussüberschussanteils für alle Versicherungen unter Beachtung der für 2007 deklarierten Überschussanteilsätze berechnet. Der Fonds dieser Schlussüberschussanteile entspricht dem erreichten Ansammlungsguthaben zum nächsten Bilanzstichtag. Die für die einzelnen Überschussverbände festgelegten Überschussanteilsätze stehen auf den Seiten 44 bis 46.

F. I. Versicherungstechnische Rückstellungen im Bereich der Lebensversicherung, soweit das Anlagerisiko von den Versicherungsnehmern getragen wird	€
Stand am 31. 12. 2005	2.578.286,22
Bestandsübertragung Nichtmitgliedergeschäft	-2.578.286,22
Vortrag zum 1. 1. 2005	—,—
Zugang:	
Veränderung 2006	—,—
Brutto	—,—
Anteil der Rückversicherer	—,—
Stand am 31. 12. 2006	—,—

G. IV. Sonstige Rückstellungen	2006
	€
Altersteilzeit	256.030,—
Kapitalanlagenbereich	112.600,—
Jahresabschluss	88.000,—
Jubiläen	78.547,—
Urlaub/Gleitzeit	21.200,—
Pensionsversicherungsverein	6.959,—
Berufsgenossenschaft	3.000,—
Personalkosten	2.400,—
	568.736,—

I. I. 1. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber Versicherungsnehmern	2006
	€
Im Voraus empfangene Beiträge	247.890,58
Gutgeschriebene Überschussanteile	62.969,09
	310.859,67

I. V. Andere Verbindlichkeiten	2006
	€
Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als 5 Jahren	
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	403.354,03
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	403.354,03
	2006
Durch Pfandrechte gesichert	€
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	501.831,10
Sonstige Verbindlichkeiten	—,—
	501.831,10

K. Rechnungsabgrenzungsposten	2006
	€
Disagio aus Kapitalanlagen	586.378,96
Einnahmen, die nachfolgende Geschäftsjahre betreffen	—,—
	586.378,96

Erläuterungen zur Gewinn-und-Verlust-Rechnung

I. 1.a) Gebuchte Bruttobeiträge	2006	2005
Beiträge nach Vertragsart	€	€
Einzelversicherungen	635.538,71	13.619.635,09
Gruppenversicherungen	51.261.090,69	118.174.852,57
	51.896.629,40	131.794.487,66

	2006	2005
Beiträge nach Zahlungsweise	€	€
Laufende Beiträge	51.610.463,23	130.302.214,24
Einmalbeiträge	286.166,17	1.492.273,42
	51.896.629,40	131.794.487,66

	2006	2005
Beiträge nach Haupt- und Zusatzversicherungen	€	€
Pensionsversicherungen	51.261.090,69	130.110.119,73
Zusatzversicherungen	635.538,71	1.684.367,93
	51.896.629,40	131.794.487,66

	2006	2005
Beiträge nach Gewinnbeteiligung	€	€
Verträge mit Gewinnbeteiligung	51.896.629,40	131.794.487,66
Verträge ohne Gewinnbeteiligung	—,—	—,—
	51.896.629,40	131.794.487,66

I. 6. Aufwendungen für Versicherungsfälle für eigene Rechnung	2006	2005
	€	€
Rentenabfindungen	56.614,74	182.492,94
Vorzeitige Versicherungsfälle	—,—	108.841,27
Rentenzahlungen	55.904.452,27	54.273.151,04
Rückkäufe	139.438,87	814.812,41
	56.100.505,88	55.379.297,66

I. 10. Aufwendungen für Kapitalanlagen	2006	2005
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	€	€
Planmäßige Abschreibungen	1.186.675,58	1.253.314,67
Abschreibungen nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB	573.215,96	281.755,60
Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 HGB	2.661.157,34	2.094.218,44
Abschreibungen nach § 6 b EStG	—,—	—,—
	4.421.048,88	3.629.288,71

Rückversicherungssaldo	2006	2005
	€	€
Verdiente Beiträge	163.977,47	98.372,02
Aufwendungen für Versicherungsfälle	—,—	—,—
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	98.090,90	56.516,66
Veränderung der Deckungsrückstellung	—,—	—,—
Saldo zu unseren Lasten	65.886,57	41.855,36

Sonstige Angaben

Aufsichtsrat

Dr. Friedrich Caspers

– Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstands der
R+V Versicherung AG, Wiesbaden
(seit 20. 6. 2006)

Dr. Jürgen Förterer

– Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstands i. R. der
R+V Versicherung AG, Wiesbaden
(bis 20. 6. 2006)

Walter Weinkauff

– Stellv. Vorsitzender –
Vorsitzender des Vorstands des
Genossenschaftsverbandes Frank-
furt e.V. Hessen • Rheinland-Pfalz
• Saarland • Thüringen,
Neu-Isenburg

Lothar Bosch

Geschäftsführer der Viehzentrale
Südwest GmbH, Stuttgart

Roland Feucht

Mitglied des Vorstands i. R.
der Genossenschaftsbank
Meckenbeuren eG, Meckenbeuren

Erhard Gschrey

Mitglied des Vorstands des Genos-
senschaftsverbandes Bayern e.V.,
München

Berthold Guss

Bereichsleiter Personalmanage-
ment der DZ BANK AG Deutsche
Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main
(seit 13. 3. 2006)

Hans-Josef Hilgers

Sprecher des Vorstands der
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-
Main eG, Köln

Frank Hurtmanns

Mitglied des Vorstands der
BayWa AG, München

Ralph Kehl

Mitglied des Vorstands der
VR Bank eG Alsfeld – Kirchhain –
Schwalmstadt, Alsfeld

Wolfgang Müller

Vorsitzender des Vorstands der
Volksbank Chemnitz eG, Chemnitz

Eckhardt Werner

Mitglied des Vorstands der FIDU-
CIA IT AG, Karlsruhe

Ulrich Werner

Abteilungsleiter des Württember-
gischen Genossenschaftsverband-
des Raiffeisen/Schulze-Delitzsch
e.V., Stuttgart

Vorstand

Rainer Sauerwein

– Vorsitzender –

Hans-Dieter Schnorrenberg

– Stellv. Vorsitzender –

Rainer Neumann

Verantwortlicher Aktuar

Gerhard Sprenger

Überschussbeteiligung der Versicherungsnehmer

I. Altbestand

Die Überschussanteile werden zur Erhöhung und Erweiterung der bedingungsgemäßen Rentenleistung verwendet.

Für das Geschäftsjahr 2007 werden entsprechend dem Geschäftsplan folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

A. Abrechnungsverband R+V Mitglieder

Die Gesellschaft gewährt auf alle **beitragspflichtigen Versicherungen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 11 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, einen Überschussanteil in Höhe von 18 % der in 2007 zu erwerbenden Rentenanwartschaft. Beitragspflichtige Versicherungen, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, erhalten keinen Überschussanteil.

Dieser Überschussanteil wird ab Rentenbeginn zusammen mit der bedingungsgemäßen Rentenleistung überwiesen.

Beitragsfreie Versicherungen erhalten zum 1. 1. 2008 keine Erhöhung der insgesamt erworbenen Rentenanwartschaft.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die im Geschäftsjahr 2007 erstmals eine Rente gezahlt wird, erhalten im Geschäftsjahr 2007 und im Geschäftsjahr 2008 im November eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der zum 31. 12. 2004 erworbenen Jahresgrundrente (bedingungsgemäß erworbene Rente zuzüglich der o. g. Überschussanteile), sofern jeweils für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die ab dem Geschäftsjahr 2003 erstmals eine Rente gezahlt wurde, erhalten im Geschäftsjahr 2007 und im Geschäftsjahr 2008 jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Jahresgrundrente, sofern jeweils für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit, für die im Geschäftsjahr 2002 oder früher erstmals eine Rente gezahlt wurde, erhalten in jedem künftigen Geschäftsjahr jeweils im November eine Sonderzahlung in Höhe des für diese Versicherung bereits deklarierten Prozentsatzes, sofern für das gesamte Geschäftsjahr Anspruch auf Rentenzahlung besteht.

Zum 31. 12. 2006 wird **für alle Versicherungen in der Rentenbezugszeit**, für die ab dem Geschäftsjahr 2003 erstmals eine Rente gezahlt wird, eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % bezogen auf die bei Rentenbeginn erworbene Jahresgrundrente.

Zum 31. 12. 2006 wird **für alle Versicherungen in der Anwartschaftszeit** eine Rückstellung zur Finanzierung künftiger Sonderzahlungen bei Rentenbeginn gebildet. Die Rückstellung berücksichtigt 100 % der Sonderzahlung in Höhe von 20 % bezogen auf die bis 31. 12. 2004 erworbene Jahresgrundrente.

Zum 1. 1. 2007 wurden die Renten für diejenigen **Rentenempfänger** um einen Prozentsatz der laufenden Rente erhöht, die zu diesem Termin ihre Rente mindestens ein Jahr unverändert bezogen haben (letzter Rentenbeginn 1. 1. 2006). Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 40 % der Jahresrente erhalten, beträgt der Prozentsatz 0 %. Für Versicherungen, die während des gesamten Rentenbezuges eine Sonderzahlung in Höhe von 30 % der Jahresgrundrente erhalten, beträgt der Prozentsatz 0,5 % und für Versicherungen, für die in 2006 eine Sonderzahlung in Höhe von 20 % der Jahresgrundrente deklariert ist, beträgt der Prozentsatz 1 %.

Bei allen im Geschäftsjahr 2007 eintretenden Todesfällen **versicherter Frauen**, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird den Witvern unter den analogen Voraussetzungen, nach denen nach den Allgemeinen Versicherungsbedingungen (AVB) eine Witwenrente gezahlt wird, eine Rente von 60 % der erworbenen Rentenanwartschaft bzw. der laufenden Rente gewährt. Witwerrenten aus der Überschussbeteiligung werden um eine eventuelle bedingungsgemäß zu zahlende Witwerrente gekürzt.

Bei männlichen Versicherten, deren jährliche Invaliden- und Altersrente 13 % der insgesamt eingezahlten Beiträge beträgt, wird der bedingungsgemäße versicherungsmathematische Abschlag im Falle der vorgezogenen Altersrente von 0,35 % für jeden Monat der vorzeitigen Inanspruchnahme bei allen im Geschäftsjahr 2007 beginnenden Renten durch eine Abschlagsminderung um 0,35 %-Punkte ausgeglichen.

Bei **Risiko-Zusatzversicherungen** und bei **Invalideitäts-Zusatzversicherungen** werden bei Erleben des vollendeten 55. Lebensjahres, bei Eintritt der Berufsunfähigkeit oder bei Tod des Versicherten im Jahre 2007 Überschussanteile in Höhe von 25 % der insgesamt eingezahlten Beiträge gewährt, sofern eine Wartezeit von fünf Jahren abgelaufen ist. Die Überschussanteile werden nach unserem Geschäftsplan zur Erhöhung der bedingungsgemäßen Rentenleistungen aus der Hauptversicherung verwendet.

B. Abrechnungsverband GENO Mitglieder

Zum 1. 1. 2007 erfolgt keine Erhöhung der **Anwartschaften** oder **laufenden Renten** aus der Überschussbeteiligung.

II. Neubestand

A. Bestandsgruppe NT

Für 2007 sind folgende Überschussanteilsätze festgelegt:

1. Laufende Überschussbeteiligung

Überschussverband	Aufschubzeit		Rentenbezug
	in % des	in % der	in % des
	überschussberechtigten	überschussberechtigten	überschussberechtigten
	Deckungskapitals ¹⁾	Beiträge ¹⁾	Deckungskapitals ²⁾
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	1,25	2,50	2,25
NT07, NT07B, NT07H, NT07V	1,50	2,50	2,75

¹⁾ Erstmals zu Beginn des zweiten Kalenderjahres nach Versicherungsbeginn.

²⁾ Erstmals zu Beginn des auf den Rentenbeginn folgenden Kalenderjahres.

2. Schlussüberschussbeteiligung

Die Versicherungen mit Rentenbeginn in 2007 erhalten nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren eine Schlussüberschussbeteiligung.

Bei Übertragung, im vorzeitigen Versicherungsfall oder bei Anspruch auf Zahlung von Berufsunfähigkeitsrente

in 2007 wird die Schlussüberschussbeteiligung nach einer Wartezeit von drei vollen Kalenderjahren gewährt.

Die Höhe der Schlussüberschussbeteiligung ergibt sich in % des erreichten Ansammlungsguthabens.

Überschussverband	Schlussüberschussbeteiligung
	in % des erreichten Ansammlungsguthabens nach einer Wartezeit
	von drei vollen Kalenderjahren
	2007
NT04, NT04B, NT04H, NT04V	100
NT07, NT07B, NT07H, NT07V	100

3. Verzinsliche Ansammlung

Versicherungen, deren Überschussanteile verzinslich angesammelt werden, erhalten neben dem garantierten Zins einen Ansammlungsüberschussanteil. Die Höhe dieses Ansammlungsüberschussanteils wird so festge-

legt, dass die Verzinsung des Ansammlungsguthabens unter Einbeziehung des garantierten Rechnungszinses 4,3 % beträgt.

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personal-Aufwendungen	2006	2005
	€	€
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	12.358,48	15.635.202,16
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	—,—	—,—
3. Löhne und Gehälter	736.130,23	800.648,86
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	132.170,87	139.224,80
5. Aufwendungen für Altersversorgung	69.950,88	54.065,60
6. Aufwendungen insgesamt	950.610,46	16.629.141,42
Darüber hinaus haben die Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB Provisionen für das Vermittlungsgeschäft erhalten	72.429,10	36.214,71

Die Gesamtbezüge der Mitglieder des Vorstands zu Lasten des Geschäftsjahres betragen 53.405 € (im Vorjahr: 56.320 €).
An frühere Mitglieder des Vorstandes wurden 3.711 € (im Vorjahr: 3.716 €) gezahlt.

Für laufende Pensionen von früheren Mitgliedern des Vorstandes und ihren Hinterbliebenen besteht eine Rückstellung in Höhe von 6.987 €.

Im Geschäftsjahr wurden für den Aufsichtsrat 44.780 € und für die Mitgliedervertreter 22.624 € aufgewendet.
Angabepflichtige Beträge nach § 285 Nr. 9 c HGB bestanden im Geschäftsjahr nicht.

Anzahl der Mitarbeiter

Im Geschäftsjahr waren durchschnittlich 14 (im Vorjahr 16) Arbeitnehmer beschäftigt.

Haftungsverhältnisse und sonstige finanziellen Verpflichtungen

Die Haftsummen aufgrund von Geschäftsanteilen bei Genossenschaften betragen 200 €.
Es bestehen Verpflichtungen aus schwebenden Geschäften in Höhe von 673.661 €.

Aus bewilligten, aber noch nicht ausgezahlten Hypothekendarlehen ergeben sich Eventualverbindlichkeiten in Höhe von 2.210.450 €

Aus einem Multitranchen-Schuldscheindarlehen besteht ein Andienungsrecht zu 5,82 % mit einer Restlaufzeit > 1 Jahr in Höhe von 5.000.000 €. Darüber hinaus bestehen Multitranchen - öffentliche Namenspfandbriefe Nullkuponanleihen mit Restlaufzeiten > 1 Jahr in Höhe von insgesamt 60.000.000 €.

Wiesbaden, 16. März 2007

Der Vorstand

Sauerwein

Schnorrenberg

Neumann

Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der R+V Pensionsversicherung a. G., Wiesbaden, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2006 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und den ergänzenden Regelungen in der Satzung liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt.

Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung auf Grund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Frankfurt am Main, 26. März 2007

KPMG
Deutsche Treuhand-Gesellschaft
Aktiengesellschaft
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Henzler
Wirtschaftsprüfer

Fleischerowitz
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrates

Aufsichtsrat und Ausschüsse

Der Aufsichtsrat hat zur Vorbereitung seiner Beschlüsse einen Prüfungsausschuss gebildet.

Mit Ablauf der ordentlichen Mitgliederversammlung am 20. Juni 2006 ist Herr Dr. Jürgen Förterer aus dem Aufsichtsrat der R+V Pensionsversicherung a. G. ausgeschieden. Neu in den Aufsichtsrat wurden zu diesem Zeitpunkt Herr Dr. Friedrich Caspers und Herr Berthold Guss gewählt. Herr Dr. Caspers wurde zum Vorsitzenden des Aufsichtsrats bestellt. Ferner wurde Herr Dr. Caspers in den Prüfungsausschuss gewählt, dessen Vorsitz er ebenfalls übernommen hat.

Zusammenarbeit mit dem Vorstand

Der Aufsichtsrat sowie der Prüfungsausschuss haben die Geschäftsführung des Vorstands nach den gesetzlichen und satzungsgemäßen Vorschriften überwacht und beratend begleitet. Der Vorstand hat den Aufsichtsrat über die Lage und Entwicklung der R+V Pensionsversicherung a. G. regelmäßig und umfassend informiert. In seinen Sitzungen am 12. Mai und 21. November 2006 hat der Aufsichtsrat mündliche und schriftliche Berichte des Vorstands entgegengenommen und erörtert. Weiterhin wurde der Aufsichtsrat durch vierteljährliche schriftliche Berichte des Vorstands unterrichtet. Darüber hinaus wurde der Vorsitzende des Aufsichtsrats laufend über wesentliche Entwicklungen und Entscheidungen in Kenntnis gesetzt. Alle Maßnahmen, welche die Zustimmung des Aufsichtsrats erfordern, wurden vor der Beschlussfassung eingehend beraten.

Im Vordergrund der Berichterstattung standen die wirtschaftliche Lage der Gesellschaft, die Unternehmensplanung und –perspektive sowie die Finanzkennzahlen. In besonderer Weise überwachte der Aufsichtsrat die Kapitalanlagepolitik des Vorstands vor dem Hintergrund der Situation am Rentenmarkt. Einen Schwerpunkt der Besprechungen bildete die Positionierung der R+V im Geschäftsfeld betriebliche Altersversorgung. Eingehend informiert wurde der Aufsichtsrat über die Bestandsübertragung des Nichtmitgliedergeschäfts auf die R+V Pensionskasse AG. Weitere Themen waren die Auswirkungen der VVG-Reform auf die Prozesse des Unternehmens sowie die Auslagerung der Pensionsrückstellung auf die VGU e. V. – Versorgungskasse genossenschaftlich orientierter Unternehmen.

Feststellung des Jahresabschlusses

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Jahresabschluss und den Lagebericht für das Geschäftsjahr 2006 eingehend geprüft. Hierzu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, der den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, vor.

An der Sitzung des Prüfungsausschusses am 18. April 2007 nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil, um über die wesentlichen Prüfungsergebnisse zu berichten. In dieser Sitzung wurden der Jahresabschluss, der Lagebericht und der Prüfungsbericht erörtert. Prüfungsschwerpunkte waren wesentliche Kennzahlen der Bilanz, Rückstellungen, Risikofrüherkennungssystem nach § 91 Abs. 2 AktG und der Jahresbericht der internen Revision des abgelaufenen Jahres.

Der Aufsichtsrat hat den vorliegenden Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 sowie den Lagebericht in seiner Sitzung am 11. Mai 2007 beraten. In dieser Sitzung berichteten der Abschlussprüfer sowie der Vorsitzende des Prüfungsausschusses über das Ergebnis der Prüfung. Der verantwortliche Abschlussprüfer stand für alle zusätzlichen Erläuterungen und Stellungnahmen zur Verfügung.

Der Verantwortliche Aktuar nahm an der Sitzung des Aufsichtsrats, in der der Jahresabschluss festgestellt wurde, teil. Er berichtete über die wesentlichen Ergebnisse des von ihm gegenüber dem Vorstand abgegebenen Erläuterungsberichts zur versicherungsmathematischen Bestätigung, die er uneingeschränkt erteilt hat. Der Aufsichtsrat erhebt keine Einwendungen gegen den Erläuterungsbericht des Verantwortlichen Aktuars.

Gegen den Abschluss sind keine Einwendungen zu erheben. Dem Prüfungsergebnis der gemäß § 341k HGB beauftragten Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG Deutsche Treuhand-Gesellschaft AG, die den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt hat, schließt sich der Aufsichtsrat an. Der von dem Vorstand aufgestellte Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2006 ist gebilligt und somit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Wiesbaden, 11. Mai 2007

Der Aufsichtsrat

Dr. Caspers
Vorsitzender

Mitgliedervertretung

Ute Bäumer

Abteilungsleiterin Personal-Management der
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main

Jens Bickerle

Leiter der Personalabteilung des
Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen •
Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen,
Neu-Isenburg

Ulrich Birkenstock

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Koblenz

Wolfgang Eck

Bezirksanwalt des Genossenschaftsverbandes
Bayern e.V., Bezirksverband Unterfranken, Würzburg

Bernd Firle

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates der
Raiffeisen Waren-Zentrale Rhein-Main eG, Köln

Manfred Hagedorn

Leiter der Personalabteilung der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

Lothar Heise

Vorsitzender des Betriebsrates der
R+V Lebensversicherung AG, Vertriebsdirektion Nord

Ulrich Jakobi

Mitglied des Vorstands der Volksbank
Wetzlar-Weilburg eG, Wetzlar

Josef Jehle

Oberprüfer des Württembergischen
Genossenschaftsverbandes Raiffeisen/
Schulze-Delitzsch e.V., Stuttgart

Dr. Bernd Kiene

Sprecher des Vorstands der SÜDWESTBANK AG,
Stuttgart

Sigmar Kleinert

Vorsitzender des Betriebsrates Frankfurt der
DZ BANK AG Deutsche Zentral-Genossenschaftsbank,
Frankfurt am Main

Oskar Krause

Mitarbeiter der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

Dr. Andreas Martin

Geschäftsführer der Raiffeisendruckerei GmbH,
Neuwied

Karl-Heinz Maxein

Vorsitzender des Betriebsrates der
Raiffeisendruckerei GmbH, Neuwied

Roland Mayer

Abteilungsleiter Personal des
Genossenschaftsverbandes Bayern e.V., München

Heinrich Neutze

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrates des
Genossenschaftsverbandes Frankfurt e.V. Hessen •
Rheinland-Pfalz • Saarland • Thüringen,
Calden

Arnd Overbeck

Personalleiter der BayWa AG, München

Wolfgang Pachali

Bereichsleiter Personal der
R+V Allgemeine Versicherung AG, Wiesbaden

Siegfried Sachsenröder

Sachgebietsleiter der BayWa AG, Stuttgart

Erwin Staiger

Mitglied des Vorstandes der Volksbank
Hohenzollern eG, Hechingen

Hans Peter Straberger

Mitglied des Vorstands der FIDUCIA IT AG, Karlsruhe

Markus Stüttgen

Mitglied des Vorstands der Raiffeisen Waren-Zentrale
Rhein-Main eG, Köln

Hans Tauschek

Bankkaufmann der SÜDWESTBANK AG, Stuttgart

Jochen Ullmann

Vorsitzender des Betriebsrates der Volksbank
Lüneburger Heide eG, Soltau

Übersicht über die Geschäftsergebnisse 1950 bis 2006

Geschäftsjahr	Anzahl der	Gebuchte	Laufende	Brutto-Aufwendungen für
	Versicherungsverträge	Bruttobeiträge	Erträge aus	Versicherungsfälle
	inkl. Zusatzversicherungen		Kapitalanlagen	
		€	€	€
1950	3.478	428.735	123.336	27.668
1960	4.831	1.256.386	1.497.403	586.721
1970	7.698	4.013.451	3.679.357	1.854.957
1980	12.436	11.905.588	12.896.009	4.602.016
1981	13.133	12.219.876	15.682.236	4.967.508
1982	13.745	13.522.622	17.590.752	5.587.678
1983	14.376	14.286.059	20.381.653	6.165.913
1984	14.915	15.303.530	22.453.558	6.853.879
1985	15.423	16.081.518	24.922.157	7.649.427
1986	15.983	16.726.453	27.304.685	8.344.258
1987*	16.505	17.690.590	28.427.548	8.984.256
1988	18.364	19.132.079	30.977.705	9.937.432
1989	19.236	20.769.558	33.085.353	10.974.510
1990	20.674	22.062.448	36.222.530	11.975.419
1991	22.105	23.738.319	39.932.300	13.165.000
1992	23.519	25.957.445	43.675.119	14.257.954
1993	25.066	28.593.293	46.176.769	15.241.117
1994	26.923	32.040.152	49.881.107	16.701.999
1995*	28.310	34.380.255	53.532.412	19.082.194
1996	29.773	36.534.326	58.917.979	20.764.027
1997	31.376	37.071.510	62.240.695	21.679.391
1998	32.840	37.560.843	67.051.036	24.455.730
1999	34.332	38.197.440	69.355.830	26.691.812
2000	35.679	38.627.039	77.921.048	29.521.930
2001	37.785	39.543.035	74.621.117	32.429.408
2002	45.634	42.404.564	73.583.254	34.641.710
2003**	68.456	61.168.311	88.202.028	50.757.044
2004	96.171	85.764.710	90.723.355	52.725.260
2005	130.433	131.794.488	88.946.422	55.379.298
2006***	54.819	51.896.629	92.713.716	56.100.506

* Änderung der Rechnungslegungsvorschriften

** Verschmelzung der GENO Pensionskasse auf die R+V Pensionsversicherung a. G.

*** Übertragung des Versicherungsbestandes Nichtmitgliedergeschäft auf die R+V Pensionskasse AG

	Kapitalanlagen	Deckungsrückstellung	Rückstellung für Beitragsrückerstattung	Gesamtüberschuss	Geschäftsjahr
	€	€	€	€	
	3.286.292	2.625.885	416.559	169.884	1950
	24.453.095	24.637.902	177.764	640.767	1960
	59.989.035	58.089.390	2.034.125	1.367.638	1970
	183.144.742	160.996.872	13.948.882	4.287.530	1980
	202.568.013	177.969.587	17.559.114	8.968.403	1981
	224.702.926	194.462.482	23.760.995	10.619.093	1982
	251.487.547	215.764.873	28.018.646	8.907.341	1983
	279.706.275	240.484.959	31.164.659	9.368.818	1984
	309.539.423	261.845.562	39.653.018	14.208.638	1985
	341.692.504	283.819.567	49.490.142	15.875.404	1986
	376.176.553	305.328.452	61.291.462	19.271.490	1987
	412.182.074	331.450.707	71.197.383	17.244.366	1988
	450.563.320	361.015.217	80.819.346	17.384.654	1989
	488.728.414	392.173.903	89.826.595	18.219.368	1990
	531.348.307	465.379.730	62.127.732	21.482.995	1991
	578.402.740	505.201.854	72.391.013	21.863.223	1992
	632.985.349	551.200.219	80.898.126	22.693.602	1993
	689.642.847	602.788.184	88.590.251	22.608.984	1994
	756.586.924	657.014.454	100.759.680	27.666.228	1995
	823.608.737	715.754.317	112.283.617	29.266.531	1996
	898.935.228	778.761.742	123.474.672	30.383.062	1997
	974.333.186	844.324.242	134.868.409	33.580.025	1998
	1.049.590.990	919.693.950	136.553.937	26.191.838	1999
	1.123.944.406	997.053.367	140.384.590	29.771.772	2000
	1.200.539.936	1.078.444.892	131.043.803	19.696.215	2001
	1.275.851.767	1.157.391.129	120.870.920	13.463.984	2002
	1.677.341.396	1.544.507.219	128.832.013	9.644.826	2003
	1.781.842.192	1.646.039.570	131.037.946	12.336.225	2004
	1.912.258.178	1.808.503.396	153.691.275	31.753.145	2005
	1.917.761.311	1.774.032.813	153.422.376	15.540.234	2006